

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Aktion der Linksfraction im sächsischen Landtag gegen das geplante Polizeigesetz

- **Ukraine: Ein Komiker in einem Drama**
- **Lehrerstreik – Ein Fall in Polen**
- **Riesige kommunale Altschulden im Ruhrgebiet**
- **Vielfrontenkrieg – Sachsen vor den Wahlen**
- **„Für die Anerkennung des Islam als legitimen politischen Akteur in dieser Gesellschaft“ – Interview mit einem Vertreter der Schura, Hamburg**
- **Kalenderblatt, 5. Februar 1919: Durchsetzung des Acht-Stunden-Tages in Spanien**

Ausgabe Nr. 5 am 9. Mai 2019, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Nichts Genaues weiß man nicht – zäh ist das Ringen um den nächsten Akt im Brexit-or-No-Brexit-Drama

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Großbritannien und Nordirland spiegelt die zerfahrene Situation in diesem Land wider: den Tories und Labour wird Unfähigkeit bescheinigt, die Schreihälse von UKIP werden ins Abseits gestellt, Parteien, Vereinigungen und Einzelpolitiker, die für ein GB in der EU sind, erhalten Zuspruch. Dennoch bleiben die Tories und Labour die wesentlichen Akteure, und insofern müssen alle abwarten, was bei den neuerlichen Gesprächen zwischen May und Corbyn herauskommt.

Labour hatte schon vor vier Jahren herbe Verluste hinnehmen müssen, während die Tories damals noch klare Gewinner waren. Unerwartet viele Stimmen haben die – als politisch unbedeutend angesehenen – Liberaldemokraten erhalten: seit rund einem Vierteljahrhundert das beste Ergebnis. Die Zahlen: Zu vergeben waren 8400 Sitze in Stadt-, Kreis- und Gemeinderäten, Tories minus 1269 Sitze, Labour minus 63 Sitze, LibDems plus 676 Sitze, Greens plus 185. Vor zwei Jahren gaben 82 Prozent der Wähler ihre Stim-

me entweder den Tories oder Labour, dieses Mal kaum mehr als 60 %.

Kommunale Verwaltung funktioniert – diese stand nur bedingt zur Wahl. Von vielen Seiten wird über eine ganz andere Polarisierung berichtet: Attacken auf Menschen anderer Hautfarbe, anderer Sprachen, anderer Staatsangehörigkeiten nehmen erschreckend zu und auch die Härte der Attacken. Es rächt sich, dass die politisch Verantwortlichen den Referendumsprozess vor drei Jahren nicht sofort beendet haben, als die junge Labour-Abgeordnete Jo Cox am 16. Juni 2016 von einem rechtsextremen Nationalisten ermordet wurde und Rechtfertigungsthesen die Runde machten und Hass-Sprache zu einem Teil der politischen Kultur geworden ist..

Ob die Briten an den Europawahlen teilnehmen? Diese Frage kann heute, am 6. Mai, nicht beantwortet werden: es wird Wahlen geben, wenn sich das Unterhaus nicht auf eine Kompromisslinie einigen kann: Zollunion mit der EU (wahlweise für eine bestimmte Zeit oder bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Mai 2022), Sicherung von Arbeitnehmerrechten und freier Warenverkehr; ob das die Grenzfrage auf der irischen Insel entschärfen könnte? Das wird der Prüfstein sein. Der 31. Oktober steht als nächster offizieller Austrittstermin fest mit der Option, jederzeit vorher austreten zu können. Es scheint aber immer mehr darauf hinauszulaufen, dass ohne eine Veränderung der Mehrheiten im Unterhaus, d.h. ohne Neuwahlen, sich nichts bewegen wird. Im Moment sieht es also eher danach aus, dass Großbritannien weiterhin mit am Tisch sitzt, was den Haushalt der EU für die nächsten fünf Jahre, die Wahl des Kommissionspräsidenten und der Kommissare (die ab 1. November ihre Arbeit aufnehmen müssen) und viele Entscheidungen der zukünftigen EU betrifft. Begrenzt ist die Mitgliedschaft auf 31. Dezember 2022, sofern der Austrittsantrag nicht zurückgezogen wird.

Und wenn die Briten Abgeordnete fürs EU-Parlament wählen werden müssen, dann werden neue Akteure auf den Plan treten wie ChangeUK (ehemalige Tories- und Labour-Abgeordnete) oder die „neue“ Brexit-Party von Nigel Farage, der hinter sich alles sammeln wird, was für eine sofortigen Austritt und damit eine sofortige Beendigung der Diskussionen steht.

Nach einer zehn Tage dauernden Auszeit von parlamentarischen Sitzungen sind viele Abgeordnete rührig im Sammeln von Gleichgesinnten: auf Labour-Seite Jon Lansman, der Gründer der Bewegung Momentum, erinnert an die Parteitag-Stimmung; jeder Deal müsse

über eine Volksabstimmung abgesegnet werden. Die Jugendorganisation von Labour und auch die Gewerkschaften sprechen sich eindeutig gegen ein neues Referendum aus.

Das Gefährliche an der gegenwärtigen Situation in Großbritannien ist, dass die Lieber-ein-Ende-mit-Schrecken-Stimmung überhand gewinnen könnte gerade in Gebieten, in denen ein Brexit zu größerer Arbeitslosigkeit und Perspektivverlust führen wird. Viele gesellschaftliche Themen scheinen lösbar, wenn der Brexit endlich durchgezogen würde – dieses Mantra, was das Referendum 2016 überhaupt erst auf den Weg gebracht hat, erfährt eine Renaissance: die einfache Lösung, aus der sich alles andere dann ergibt. Verantwortung dafür zu übernehmen, was sich wirklich abspielen wird – das ist eine der offenen Fragen. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn May und Corbyn hier ein Beispiel gäben. Das wäre auch für die internationale Politik und hier insbesondere für die EU-Außenpolitik und die zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb der EU bedeutsam.

EU: Effizientere Beschlussfassung?

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Die Europäische Kommission hat mit einer Mitteilung vom 16. April die Debatte über eine Ausweitung des Mehrheitsentscheidungsverfahrens auf weitere Bereiche der Sozialpolitik eingeleitet. War die Sozialpolitik traditionell anders als die Binnenmarktregulierung im Gesetzgebungsverfahren der Einstimmigkeit unterworfen, so sind schon in der Vergangenheit Stück um Stück Regulierungsgegenstände dem Verfahren der qualifizierten Mehrheit zugeordnet worden. Mit der jetzt veröffentlichten Mitteilung schlägt die Kommission vor, Fragen der Nichtdiskriminierung, in denen die EU bereits eine ganze Reihe von fortschrittlichen Richtlinien erlassen hat, diesem Verfahren zuzuordnen. Perspektivisch sollen auch Fragen der sozialen Sicherung und des Sozialschutzes für Beschäftigte übergeleitet werden. Die Basis für den Vorschlag sind Überleitungsklauseln, die in den EU-Verträgen für bestimmte Bereiche vorgesehen sind. Mit der Überleitung zum Verfahren der qualifizierten Mehrheit würden gegenüber dem jetzigen Verfahren auch die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt. Die Kommission sieht diesen Vorschlag auch als einen Beitrag zur effizienteren Beschlussfassung auf EU-Ebene.

Die Tatsache, dass im Bereich der Sozialpolitik keine Harmonisierung stattfindet, sondern wesentlich mit Mindeststandards gearbeitet wird, dürfte das

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Vorhaben stützen und für viele Mitgliedsstaaten potenziell akzeptabel machen. Gleichwohl ist mit dem Vorschlag ein echtes politisches Schlachtfeld eröffnet worden. Das Problem: anders als im weitgehend standardisierten und normierten Wirtschaftsleben, ist das Sozialleben in den letzten Dekaden nicht nur durch eine starke kulturelle und lebensweltliche Ausdifferenzierung gekennzeichnet, sondern auch durch traditionell jeweils ganz spezifisch konstruierte und konstituierte Sozialsysteme. Zwar können Mindeststandards etabliert werden, aber die EU-Richtlinien formen auch Rahmung und Struktur dieser Sicherungssysteme um. Das wird starken Widerstand hervorrufen, neben dem generellen Ruf der Rechtspopulisten und Protektionisten, dass die EU die Souveränität der Mitgliedstaaten aushöhlt.

Quelle: <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=9351&furtherNews=yes>

Türkei: Sechs Mandate an AKP übertragen, Millionenschulden durch Zwangsverwaltung

RUDOLF BÜRCEL, KARLSRUHE

Das Erdogan-Regime findet sich nicht mit der Niederlage bei den Kommunalwahlen in den kurdischen Gebieten ab. Der Hohe Wahlausschuss hat die HDP-Bürgermeistermandate in Baglar (Diyarbakir), in der Provinz Van in Tuspa, Edremit und Caldiran sowie in der Provinz Erzurum in Tekman und Dagpinar an die AKP als zweitstärkste Partei übertragen.

Der AKP-Kandidat von Baglar hatte Widerspruch gegen die Wahl des Lehrers Zeyyat Ceylan (71 Prozent) eingelegt und das mit dessen Entlassung aus dem Schuldienst während des Ausnahmezustands begründet. Der Hohe Wahlausschuss (YSK) entschied dann, dass Personen, die aus dem öffentlichen Dienst entlassen wurden, keine öffentlichen Ämter bekleiden dürfen. Bei der Wahlzulassung hatte das aber nicht gestört. Daraufhin verteilte der YSK die Bürgermeisterämter an die zweitstärkste Partei.

In den anderen Provinzhauptstädten und Kreisstädten warteten die gewählten Bürgermeister teilweise wochenlang auf ihre Ernennungsurkunden und konnten in der Zeit beobachten, wie die Zwangsverwaltungen Akten vernichteten, Mobilien und Computer aus den Ämtern schaffte, Fahrzeuge verkaufte oder gar das Rathaus in Bismil abbriss. Eine der ersten Amtshandlungen der gewählten HDP-Bürgermeister ist der Kassensturz. Die Zwangsverwaltungen haben innerhalb von zwei bis drei Jahren fast schuldenfreie Städte in Armenhäuser verwandelt: In Cizre (77 Prozent HDP) hinterlässt die Zwangsverwaltung einen Schuldenberg

von 220 Millionen türkische Lira (TL), was ca. 34 Millionen Euro sind. Zudem hat sie zehn Wohnungen, zwei Parks und zwei Straßen verkauft. In Yüsekova (66 Prozent HDP) sitzt die Kreisverwaltung auf 680 Millionen TL (ca. 105 Millionen Euro) Schulden. Diese setzen sich aus angeblichen Krediten für Wasser- und Abwasseranlagen zusammen. Die Raten werden direkt von der Landesbank an die Kreditgeber überwiesen. In Idil (74 Prozent HDP) wurde während des Ausnahmezustands das Rathaus abgerissen. Der staatliche Treuhänder baute das Kulturzentrum zur Festung aus und ließ sich dort nieder. Keines der 36 kommunalen Fahrzeuge ist mehr einsatzbereit. Das einzige funktionierende Fahrzeug ist der Polizei von Sirnak überschrieben worden. Die Schulden belaufen sich auf 46 Millionen TL (7,1 Millionen Euro). Die Mauer um das Kulturzentrum und die Scharfschützenstellung auf dem Dach wurden als erstes beseitigt. In Mardin (70 Prozent HDP) stellten die staatlichen Strom- und Wasserlieferanten ihre Lieferungen an die Kommune ein. Der Zwangsverwalter hatte die letzten drei Monate keine Rechnungen mehr bezahlt. Allein die Stromrechnung beläuft sich auf 82 Millionen TL (12 Millionen Euro). In den Provinzhauptstädten dauert der Kassensturz noch an. In Diyarbakir-Sur hat die Zwangsverwaltung den öffentlichen Grund und Boden zu Spottpreisen an Gefolgsleute verkauft, ebenso in Van. Dort wurde noch nicht einmal vor einem Erholungsgebiet mit Wasserfällen Halt gemacht.

Türkei: Anwälte durften Öcalan besuchen

Erstmals seit Juli 2011 durfte der kurdische Repräsentant Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali mit seinen Anwalt*innen zusammenkommen. Der Besuch erfolgte am vergangenen Donnerstag (2. Mai). Heute Mittag (6. Mai) haben seine Anwalt*innen auf einer Pressekonferenz die Botschaft Öcalans und seiner Mitinsassen auf Imrali mit der Öffentlichkeit geteilt. Im Wortlaut heißt es in der Erklärung:

„In diesem historischen Prozess, den wir durchlaufen, ist eine tiefgreifende gesellschaftliche Versöhnung erforderlich. Für die Lösung der Probleme besteht starker Bedarf an einer Methode demokratischer Verhandlungen, jenseits jeglicher Polarisierung und Konfliktkultur.“

Die Probleme in der Türkei und sogar in der gesamten Region, insbesondere den Krieg, können wir durch „Soft power“, also mit Intelligenz und politischer und kultureller Stärke lösen, statt mit physischer Gewalt. Wir glauben, dass

Martin Fochler, München. Die April-Ausgabe der Welttrends enthält fünf Beiträgen unter der Fragestellung „Regierungssturz in Venezuela?“ Beiträge im Einzelnen: Zwischen Caudillos und Rentenökonomie. Michael Zeuske | Ohne Rente kein Paradies. Stefan Peters | Das diplomatische Schaulaufen um Venezuela. Günther Maihold | Im Fadenkreuz geopolitischer Auseinandersetzungen. Achim Wahl | Endspiel oder auch nicht? Gerhard Drekonja-Kornat. Gezeigt werden die die Tücken des „rohstoffbasierten Entwicklungsmodells“ und auch, dass zwischen den erbitterten Kontrahenten „in den zentralen Punkt der Fortsetzung und Intensivierung“ dessen „verstörende Einigkeit besteht“ und auch, dass gerade diese Strategie das Land ins Fadenkreuz geopolitischer Auseinandersetzungen zwischen „den USA, China und Russland“ schiebt. Welttrends.de



die Problemlösung in Syrien von allen Komponenten der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) im Sinne dessen angegangen werden sollten, auf die Konfliktkultur zu verzichten und sich innerhalb der Perspektive einer lokalen Demokratie zu bewegen, die von der Verfassung im Rahmen eines vereinten Syriens geschützt wird. In diesem Sinne sollten auch Bedenken der Türkei berücksichtigt werden.

Bei allem Respekt für den Widerstand der Freundinnen und Freunde innerhalb und außerhalb der Gefängnisse möchten wir betonen, dass sie ihre Aktion nicht an den Punkt bringen sollen, an dem ihr Leben in Gefahr gerät oder gar zum Tod führt. Für uns ist ihre rechtliche, körperliche und geistige Gesundheit wichtiger als alles andere.

Unsere Haltung auf Imrali richtet sich nach der Newroz-Deklaration von 2013. Wir sind entschlossen, die darin erklärte Ausdrucksmethode zu vertiefen und diesen Weg fortzusetzen.

Ein würdevoller Frieden und eine demokratische politische Lösung stehen für uns an erster Stelle.

Wir grüßen alle, die sich aufgrund unserer Haltung besorgt gezeigt haben und aktiv wurden mit Respekt und sprechen unseren großen Dank aus.

Abdullah Öcalan, Hamili Yıldırım, Ömer Hayri Konar, Veyssel Aktaş.

Pressemitteilung Civaka Azad, 6.5.2019

Ein Komiker in einem Drama

VON VOLODYMYR ISHCHENKO *



Auf Anfrage hat uns Volodymyr Ishchenko freundlicherweise eine Einschätzung der Wahlen in der Ukraine zur Verfügung gestellt. Nach einer kurzen Zusammenfassung der einleitenden Betrachtungen, geben wir hier den Großteil seines Beitrags in eigener Übersetzung aus dem Englischen wieder. (Übersetzung: Eva Detscher, Karlsruhe)

25. April 2019. Der Wahlsieger Zelenskiy, Sohn eines Universitätsprofessors und Ingenieurs, ist weder Held der Arbeiterklasse noch Oligarch noch aggressiver Nationalist. Während der Vorwahlen im größten Stadion der Ukraine nannte er sich buchstäblich „das Ergebnis Ihrer Fehler“ in direkter Konfrontation mit Poroshenko. „Die aggressive nationalistische Kampagne dieses Landes hatte viel mehr mit Rechtspopulisten im Ausland gemein, insbesondere in den Nachbarländern wie dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán oder dem de facto polnischen Führer Jarosław Kaczyński“, schreibt Ishchenko.

„Poroshenkos Hauptslogan (in der Wahlkampagne) war „Armee. Sprache. Glaube.“, und er sammelte mit „Entweder ich oder Putin“ nationalistische Kräfte. An der Stichwahl am 21. April 2019 nahmen 73 Prozent der Wahlberechtigten teil, Zelenskiy gewann, weil er gegen all das angetreten ist, was der unbeliebte Amtsinhaber symbolisierte, und zwar für unterschiedliche Arten von Wählern. Poroshenko bedeutete wahlweise Armut, schamlose Korruption, den endlosen Krieg in Donbass und aggressive nationalistische Initiativen in der Politik, die sich von der Religion über die Sprache bis zur öffentlichen Geschichte erstrecken.

Der Siegerkandidat hatte allerdings weder Programm noch eine Partei, der Titel seiner TV-Show „Servant of the People“ (einer, der dem Volke dient) war sein Programm. Zelenskiy tritt sein Amt umgeben von „neuen Gesichtern“ an, die eher nicht die wirklichen Entscheidungsträger sind. Besorgniserregend sind nämlich Zelenskiys Beziehungen zum berüchtigten Oligarchen Ihor Kolomoiskyi, der aus der Ukraine Milliarden abgezogen und in Offshore-Fonds platziert hat. Als Politiker ist der neue gewählte Präsident bemerkenswert flach, und eher ein Indiz für die Missbilligung der „Ernungenschaften“ Poroshenkos und der Entwicklungen seit dem Euromaidan-Aufstand von 2014.

In diesem Sinne war die Stichwahl eine Art Referendum über Poroshenko,

aber weitergehend auch über das gesamte national-patriotische Lager. Die „national-liberale“ Intelligenz und ein großer Teil der pro-westlichen „liberalen“ Zivilgesellschaft versammelten sich aggressiv hinter Poroshenko und griffen Zelenskiy und seine Wähler als „pro-russisch“, unpatriotisch, tückisch, dumm und ungebildet an. Sie sagten, sein Sieg würde das Ende der Ukraine markieren. Doch der Wahlsonntag zeigte, dass sie kaum ein Viertel des Landes ausmachen.

Fünf Jahre nach dem Maidan-Aufstand, der die Ukraine erschütterte, ist deutlich geworden, dass das politische und intellektuelle Establishment, das 2014 an die Macht kam, ins gleiche alte Fahrwasser geraten ist.

Ein Referendum über die Post-Maidan-Verordnung?

Tatsächlich scheinen die Wähler, die Zelenskiy gewählt haben, etwas anders zu sein als die, die begeisterte westliche Medien normalerweise als authentische Vertreter der Ukraine präsentieren. Grob gesagt schätzt seine Basis nicht, was die russische Regierung getan hat, sie will aber auch nicht bis zum bitteren Ende kämpfen, sie ist wahrscheinlich proeuropäisch, aber aus eher pragmatischen Gründen – die Menschen im Westen der Ukraine leben besser als die im Osten – und nicht wegen der rassistischen „zivilisatorischen Wahl“ (für Europa, gegen Russland), die von ukrainischen Intellektuellen gefördert wird.

Sie sprechen lieber auf Ukrainisch, auf Russisch oder in einer Mischung aus beidem, würden aber lachen über die Idee, dies zu einer ideologischen Entscheidung zu machen. Sie sind müde von der konfrontativen Atmosphäre, der patriotischen Propaganda und der ständigen Suche nach „russischen Agenten“ unter dem Bett. Sie sind sowohl gegenüber der Sowjetunion als auch gegenüber der fanatischen Rückgängigmachung von Verstaatlichungen (decommunization) sowjetischer Denkmäler und Straßennamen gleichgültig. Sie würden lieber die verbotenen sowjetischen Filme sehen, russische Bücher lesen und ohne Beschränkungen in russischen sozialen Netzwerken chatten dürfen. Sie mögen keinen überheblichen Patriotismus und radikalen Nationalismus. Sie erwarten von der Regierung eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards für die Mehrheit, nicht den „Kampf gegen die Korruption“ um ihrer selbst willen im Stil einer „liberalen“ Zivilgesellschaft.

Seit den Euromaidan-Protesten 2014 wird das extrem pro-russische Segment

des ukrainischen öffentlichen Lebens unterdrückt und marginalisiert. Die letzten fünf Jahre beherrschte stattdessen eine extreme prowestliche und nationalistische Strömung. Trotz prodemokratischer Rhetorik hatten die so an die Macht gelangten Kräfte tatsächlich bemerkenswerte autoritäre Tendenzen gezeigt.

Der erste Fall war das Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine, einer großen Oppositionspartei, vielleicht sogar die größte, was die tatsächliche Mitgliedschaft betrifft, die bei den Parlamentswahlen 2012 von 13 Prozent der Wähler unterstützt wurde. Oppositionspolitiker, Medien, Journalisten und Blogger litten unter staatlicher Repression und radikaler nationalistischer Gewalt. Dies reichte bis hin zu Pogromen, Brandanschlägen, Inhaftierung von Gegnern und gefälschten Strafverfahren. So schlimm war die Situation, dass der Herausgeber der wichtigsten Online-Publikation der Opposition, Strana.ua, in Österreich politisches Asyl erhalten musste. Gleichzeitig produzierte eine bezahlte Armee von Pro-Poroshenko-Trollen eine giftige Atmosphäre, die gegenüber Meinungsverschiedenheiten intolerant war. Eine Reihe von Hochschullehrern wurde wegen ihrer politischen Positionen gefeuert oder angegriffen und gezwungen, das Land zu verlassen.

Der Konflikt mit Russland hatte Schlüsselfunktion für diese Atmosphäre. Im Dezember 2018, nach einer wahrscheinlich absichtlichen Provokation in der Straße von Kertsch, die mit der Festnahme ukrainischer Schiffe und Seeleute durch die russische Marine endete, setzte der damalige Präsident Poroshenko das Kriegerrecht in der Hälfte der Regionen der Ukraine in Kraft. Es gab keinerlei Hinweise auf eine eskalierende Bedrohung durch Russland; dies war jedoch ein nützlicher Vorwand, um die Wahlen zu verschieben. Für einige Zeit half es Poroshenko in seiner Bedrängnis: Umfragen zufolge sagten über 50 Prozent der Ukrainer, dass sie unter keinen Umständen für ihn stimmen würden. Die Verlängerung des Kriegerrechts und sogar die Wiederholung der Provokation in der Straße von Kertsch im Schwarzen Meer wurden im Umfeld von Poroshenko ernsthaft diskutiert, aber solche Pläne erhielten keine Unterstützung von westlichen Führern, insbesondere nicht von Angela Merkel.

Poroshenko würde zumindest die Stichwahl gewinnen, wenn sie letztendlich stattfände: In der ersten Runde am 31. März schlug er die ehemalige Premierministerin Julia Timoschenko dank Stimmenkaufs und dank offenkundigen

Betrugs in bestimmten Bezirken. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Europäische Union waren jedoch nicht bereit, ihn als Sieger anzuerkennen und unterstützen nicht die auch mit offenkundig betrügerischen Methoden fin-gierten Wiederwahl eines offensichtlich sehr unbeliebten Präsidenten. Da dies von der ukrainischen Bevölkerung als höchst illegitim angesehen worden wäre, hätte ein anderes Verhalten die Gefahr einer weiteren Destabilisierung hervorgerufen. Lokale Medien berichteten, dass US-Diplomaten Poroschenko versichert hätten, dass er nach seinem Machtverlust nicht mehr strafrechtlich verfolgt würde.

Poroshenkos Einfluss in den herrschenden Kreisen der Ukraine ist ebenfalls geschwunden. Der mächtige Innenminister Arsen Avakov positionierte sich als unabhängige Garantie für freie und faire Wahlen, während die rechtsextreme National Corps Partei mit Verbindungen zu Arsen Avakov eine spalterische Kampagne gegen die Korruption der engen Geschäftspartner von Poroschenko führte. Die meisten anderen Oligarchen schienen sich der Wiederwahl von Poroschenko zu widersetzen, jedenfalls wenn man der Berichterstattung ihrer (!) Fernsehsender Glauben schenken möchte.

Letztendlich war die Unterstützung für Zelenskiy einfach überwältigend. Viele Beobachter neigten dazu, das Ausmaß der Opposition gegen das postmaidanische Regime zu unterschätzen. Zelenskiy hatte eine Pro-EU- und Pro-Nato-Botschaft und nannte sogar einen sehr spalten-den radikalen nationalistischen Führer Stepan Bandera „einen unbestreitbaren Helden“. Doch wenn in den traditionell antiwestlichen Regionen im Süden und Osten der Ukraine, die Bandera meist als Nazi-Kollaborateur betrachten, dennoch über 80 Prozent für Zelenskiy stimmten, kann man sich nur vorstellen, wie sehr sie Poroschenko loswerden wollten. Und für Manipulationen des Wahlergebnisses war es zu deutlich. (...)

Eine Chance für die Linke?

Wie ein linker Journalist bemerkte: Wenn man über die Niederlage Poroshenkos nicht glücklich ist, hat man kein Herz; wenn man den Versprechungen von Zelenskiy glaubt, hat man keinen Kopf.

In diesem Moment, in dem so viele Dinge über Zelenskiy noch unbekannt sind, sind die meisten Vorhersagen über seine Politik kaum mehr als Kaffeesatzlesen. Seine persönlichen Ansichten, die er in einer Handvoll Interviews äußerte, sind keine kohärente Ideologie, sondern nur die libertären Dispositionen einer erfolgreichen Showbiz-Figur, die nicht viel Zeit damit verbracht hat, sich ernst-

haft mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Im Allgemeinen ist er gegen übermäßige staatliche Einmischung in zur Spaltung geeigneten Fragen der Identität, der Wirtschaft und des Privatlebens und befürwortet einen weniger konfrontativen Ansatz für den Krieg in Donbass und Russland.

Er unterstützt den Nato-Beitritt und Schritte in Richtung EU-Mitgliedschaft, ist aber auch bereit, mit denen zu kommunizieren und sie zu überzeugen, die sich dem widersetzen. Dies ist ein Bruch mit den vorherigen Machthabern, die eine große Minderheit der ukrainischen Gesellschaft verachteten (und problemlos entfremdeten). Er ist für eine gewisse fiskalische Lockerung und natürlich, wie jeder Politiker in Osteuropa, „gegen Korruption“. Zelenskiy hat sich auch für die Legalisierung von leichten Drogen und Sexarbeit und gegen das Verbot von Abtreibungen ausgesprochen, obwohl diese Themen bisher am Rande der politischen Debatten in der Ukraine stehen.

Dennoch ist noch nicht bekannt, wie wichtig seine persönlichen Ansichten sein werden und wie unabhängig er als Präsident sein wird. Offensichtlich wurde er von Oligarch Ihor Kolomoisky und seinem beliebten Fernsehsender unterstützt, aber die genaue Art der Beziehungen und Vereinbarungen zwischen ihnen ist – vielleicht – nur ihnen bekannt. Kolomoisky kann eine beträchtliche Entschädigung für die Verstaatlichung seiner Privatbank – der größten Bank der Ukraine – erwarten, aber ein solcher Schritt wäre sehr unpopulär und würde den neuen Präsidenten sicherlich diskreditieren. Wir wissen nicht, wie viel Einfluss seine derzeitigen Berater haben werden und wen Zelenskiy in die Regierung nehmen wird. Gleichzeitig ist nicht bekannt, wer den Kern der Partei von Zelenskiy bilden oder wie er sich zu einem Parlament verhalten wird, in dem er keine eigene Fraktion hat. (...)

Darüber hinaus wird die Rivalität zwischen den Oligarchen und der Struktur der ukrainischen Zivilgesellschaft – wo radikale Nationalisten das stärkste, am besten organisierte und am stärksten mobilisierte Segment darstellen, während die Liberalen schwach sind und die Linke fast nicht existiert – jedem Versuch, über den national-patriotischen Konsens hinauszugehen, sicherlich Grenzen setzen. Solche Schritte werden von den Nationalisten, die bereits die Angst vor dem „russischen Revanchismus“ schüren, auf der Straße heftig bekämpft. Und sie können von konkurrierenden Oligarchen unterstützt werden, zum Beispiel, wenn Poroschenko versucht, die national-patriotische Opposition um ihn herum zu konsolidieren.

Dennoch hat die ukrainische Linke jetzt in der Tat die Chance, eine stärkere, bedeutendere Bewegung im öffentlichen Leben des Landes zu werden. Drei unbestreitbare Ergebnisse des Sieges von Zelenskiy kommen der Linken zugute.

Erstens haben die Eskalation der Repressionen und nationalistische Trends in den letzten Jahren eine schwache und stigmatisierte Linke nahezu in den Untergrund gezwungen. Der Sieg von Zelenskiy gibt Hoffnung auf ein Ende des wachsenden Autoritarismus, den wir unter Poroschenko gesehen haben. Auch wenn das politische System der Ukraine strukturell unverändert bleibt und schlicht eine andere oligarchische Gruppe (z.B. Kolomoisky) das Sagen haben wird, gibt es zumindest einen vorübergehenden Moment der Erleichterung.

Zweitens ist die Hegemonie der ukrainischen Nationalliberalen um Poroschenko jetzt ernsthaft in Frage gestellt. Die Krise ihrer moralischen und intellektuellen Führung ist bereits offensichtlich; mehr Menschen sehen, wie irrelevant ihre Vision der Ukraine und deren Zukunft ist. Wir werden uns viele Gedanken machen, was schiefgelaufen ist, und versuchen Interesse für Möglichkeiten alternativer politischer Richtungen, einschließlich der Linken, zu wecken.

Schließlich brachte die Kampagne von Zelenskiy diejenigen Gruppen in die Politik, die sich seit Maidan nie dafür interessiert hatten oder ausgeschlossen fühlten: vor allem junge Stadtbewohner in südöstlichen Regionen. In der Zwischenzeit erwarten die meisten Wähler des Komikers nicht viel von ihm, außer der Tatsache, dass er nicht Poroschenko ist. Angesichts der unvermeidlichen Enttäuschung über seine Regierung kann man zumindest hoffen, dass viele nicht ins Privatleben zurückkehren, sondern auch nach anderen Politikformen, nicht nur bzgl. Wahlen suchen werden.

Es wäre falsch, Illusionen über Zelenskiys Versprechen einer „neuen Politik“ zu haben, Durchbrüche zu erhoffen in der Kampagne gegen Korruption, Frieden im Donbass oder eine Umkehrung der Gewinne, die die extreme Rechte in den letzten Jahren erzielt hat. All dies wird zweifellos viel mehr kosten, als Poroschenko loszuwerden. Der erste Schritt ist jedoch getan – und die Schwächung des scheidenden Regimes eröffnet mehr Chancen für die Zukunft.

* Volodymyr Ishchenko ist Dozent am Institut für Soziologie des Polytechnischen Instituts Kiew. Er verfasste eine Reihe von Artikeln und Interviews über die Beteiligung der radikalen Rechten und Linken am ukrainischen Maidan-Aufstand und dem anschließenden Krieg 2013-14. Derzeit arbeitet er an der Analyse des Maidanaufstands aus der Perspektive der Soziologie sozialer Bewegungen und Revolutionstheorien.

Lehrerstreik – Ein Fall in Polen

JAKUB A. KUS *

Vom 8. bis 27. April 2019 fand ein Lehrerstreik in Polen statt. Es ist eine der größten Streikaktionen in Polen seit 1989. In Polen arbeiten über 600 000 Lehrer. Nach Angaben der Organisatoren nahmen 15.179 Schulen am Streik teil, was 74% aller Schulen, Kindergärten, Institutionen und Schulkomplexe ausmacht. Der Streik wurde von zwei Gewerkschaften organisiert: der Polnischen Lehrergewerkschaft (der größten Gewerkschaftsorganisation Polens mit über 200 000 Mitgliedern) und dem Gewerkschaftsforum Solidarność – Bildung. Die Nationale Sektion für Bildung und Erziehung der NSZZ Solidarność, die etwa 70 000 Mitglieder umfasst, nahm offiziell nicht am Streik teil, aber ein großer Teil der dem Verband angehörenden Lehrer nahm an dem Streik teil. Vor dem Streik schloss Solidarność eine separate Vereinbarung mit der Regierung, die den Anforderungen der meisten Mitarbeiter von Schulen und Kindergärten nicht gerecht wird. Auch fraktionslose Lehrer traten dem Streik bei. In nichtöffentlichen Schulen wurde nicht gestreikt. Die dortigen Vergütungsstrukturen sind anders, und es gab aktuell keine Tarifforderungen. Weite Teile der Lehrer dieser Schulen unterstützten jedoch die Streikaktionen. Der Streik wurde auch von anderen Gewerkschaften und der Bildungsinternationalen und, was wichtig ist, nationalen Arbeitgeberverbänden nachdrücklich unterstützt. Nach 18 Tagen wurde der Streik von zwei teilnehmenden Gewerkschaftsorganisationen ausgesetzt, was den Arbeitskampf nicht beendet.

Warum wird gestreikt?

Die Lehrer sind eine der am wenigsten verdienenden Berufsgruppen in Polen, wenn man bedenkt, dass jeder eine höhere Ausbildung haben muss. Netto verdient der angehende Lehrer durchschnittlich – etwa 2200 PLN (etwa 512 Euro), der Vertragslehrer – etwa 2420 PLN (etwa 563 Euro), der ernannte Lehrer – etwa 3120 PLN (etwa 726 Euro), der Diplomlehrer – etwa 3970 PLN (etwa 923 Euro). Der in Polen 2019 geltende Mindestnettolohn beträgt 1634 PLN (ca. 380 Euro). Die Lehrer erhalten verschiedene Zuschläge. Sie erhöhen jedoch ihre Reallöhne nicht maßgeblich. Die Gehälter der Lehrer sind von Region zu Region und von Schule zu Schule sehr unterschiedlich. Dies hängt mit dem komplizierten System der Organisation und Finanzierung des Bildungswesens in Polen zusammen. Die Schulen sind

organisatorisch den lokalen Regierungen und inhaltlich dem Bildungsministerium untergeordnet. Sie werden gleichzeitig von den Kommunen und dem Staatshaushalt finanziert, wobei die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt ihren Anteil an der Finanzierung der Schulen seit Jahren verringern. Es ist jedoch das Bildungsministerium, das die Mindestlohnsätze für Lehrer festlegt.

Der Grund für den Streik ist daher offensichtlich. Das Problem der niedrigen Löhne in der Bildung wächst seit Jahren und resultiert aus vielen Jahren der Vernachlässigung. Niedrige Gehälter beeinträchtigen das Ansehen des Lehrerberufs und oft die negative Auswahl der Kandidaten für diesen Beruf. So leiden beispielsweise die Berufsschulen seit Jahren unter einem Mangel an Lehrkräften für die praktische Ausbildung, weil niemand, der in Industrie und Dienstleistung arbeitet, wegen der viel niedrigeren Löhne in der Schule arbeiten wird. Allerdings sind die Löhne nicht der einzige Grund für den Streik. Die derzeitige Regierung von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) beschloss eine weitere Reform des Bildungssystems, liquidierte die Hauptschule, restaurierte die achtjährige Grundschule und änderte das Berufsbildungssystem. Die Reform wird jedoch von der Mehrheit der Lehrer und einem großen Teil der lokalen Regierungen kritisiert – und vor allem ist sie inhaltlich und organisatorisch schlecht vorbereitet. Es gibt immer noch keine neue Programmbasis, nicht alle Folgen von Strukturveränderungen sind vorhergesehen.

Die Lehrergewerkschaften forderten (und fordern weiterhin) eine Lohnerhöhung um 1000 PLN für pädagogische Mitarbeiter, höhere Ausgaben für Bildung aus dem Haushalt, Änderungen bei der Bewertung der Arbeit der Lehrer, Änderungen im Beförderungsweg (der aktuell für 15 Jahre berechnet) und den Rücktritt des Bildungsministers. Solidarność brach aus der gemeinsamen Frontlinie aus, deren Führung eng mit der regierenden PiS-Partei verbunden ist und ein separatistisches Abkommen mit der Regierung unterzeichnete. Es stellte sich jedoch heraus, dass dies den Mitgliedern der Solidarność in den Schulen nicht gefällt, so dass ein großer Teil von ihnen am Streik teilnahm.

Die Position der Regierung

Die Regierung hat die Aufnahme von Verhandlungen mit Lehrern im Rahmen des kollektiven Streits hinausgeschoben. Erst als im Mai 2019 die Bedrohung der

Staatsexamina für Mittelschüler und Gymnasiasten sowie der Abiturprüfungen zur Realität wurde, einigte sich die Regierung auf ein Treffen im Rat für den Sozialen Dialog und tat gleichzeitig alles, um den Gewerkschaften das Argument der mit den Prüfungen verbundenen Bedrohung zu entziehen. Die ersten beiden Prüfungen wurden während des Streiks von Schulleitern mit Unterstützung von Rentnern und Nichtlehrern mit pädagogischer Qualifikation organisiert. Allerdings waren die Immatrikulationsprüfungen anspruchsvoller. Nach der Unterzeichnung des separatistischen Abkommens mit der Solidarność stärkte die Regierung ihre Position und verabschiedete unter Verstoß gegen viele rechtliche Verfahren ein Gesetz durch den Sejm, das es Direktoren und sogar Vertretern der lokalen Regierung erlaubt, den Schülern den Abschluss ohne eine Entscheidung des Pädagogischen Rates der Schule zu ermöglichen. Es würde wahrscheinlich nicht für die Abschlussprüfungen ausreichen, aber die Lehrer haben den Streik ausgesetzt. Die Regierung hat in Übereinstimmung mit der Solidaritätsbewegung in diesem Jahr kleine, konkrete Lohnerhöhungen und viele Zukunftsversprechen aufgeschrieben. Das Problem ist, dass nicht klar ist, welche Regierung sie umsetzen würde. Nach Beginn des Streiks gab die Regierung die Verhandlungen im Rat für den Sozialen Dialog auf, und der Premierminister berief den so genannten „Runden Tisch“ zum Thema Bildung ein. In den Plänen für die Debatte gab es keine Lohnprobleme. Gewerkschaftsorganisationen und nationale Arbeitgeberverbände, die im Rat für den sozialen Dialog zusammengeschlossen sind, weigerten sich, an dieser Medienveranstaltung teilzunehmen.

Der politische Kontext

Es ist kein Geheimnis, dass die Mehrheit der Lehrerschaft die derzeitige Regierung nicht unterstützt. Die Streikenden offenbarten jedoch nicht ihre politischen Sympathien, zumal viele von ihnen die Aktivitäten der früheren neoliberalen Regierung kritisierten. Dennoch fand der Streik unmittelbar vor den Europawahlen und vor den Parlamentswahlen im Herbst statt. Die derzeitige PiS-Regierung trägt nicht die volle Verantwortung für die Bildungssituation. Das sind jahrzehntelange Nachlässigkeit und Fehler vieler Regierungen. Seit Beginn ihrer Amtszeit verfolgt die PiS-Regierung jedoch eine Politik der großen Sozialtransfers, die ihre Unterstützung für ärmere soziale Gruppen (effektiv) sichert. Kurz

vor dem Streik kündigte die Regierung ein weiteres großes Paket von Sozialversprechen an, das eindeutig mit den bevorstehenden Wahlen verbunden ist. Diese großen, geplanten Ausgaben aus dem Budget beeinflussten die Gehaltsforderungen der Lehrer. Unterdessen hat die Regierung erklärt, dass es kein Geld für Erhöhungen für Lehrer gibt (geschätzt auf etwa 6 Milliarden PLN), obwohl sie plant, etwa 40 Milliarden für „Wahl“-Transfers auszugeben. In letzter Zeit wurden große Zuwächse von Polizisten erzielt (sie konnten nicht streiken, nutzten aber ihren Krankheitsurlaub in großer Zahl). Während des kollektiven Streits mit Lehrern führte die Regierung eine Medienkampagne durch, die dieses Umfeld diskreditierte und demütigte und mit den Aktivitäten der Opposition verband. Es hat sicherlich das Ausmaß des Streiks beeinflusst. Streikende Gewerkschaften sind nicht an bestimmte politische Optionen gebunden und haben solche Erklärungen vermieden, obwohl verschiedene Fraktionen versucht haben, den Streik für politische Kampagnen zu nutzen. Der Lehrerstreik hat jedoch eine besondere politische Bedeutung und macht vielen gesellschaftlichen Gruppen in Polen die Umstände bewusst, die einen entscheidenden Einfluss auf die politische Situation im Land haben können.

Auswirkungen heute und in der Zukunft

Der Streik hat seine Ziele nicht erreicht. Die Regierung verkündete den Sieg. Es gibt jedoch viele Anzeichen dafür, dass die Niederlage der Streikenden offensichtlich ist und der Sieg der Regierung nur von kurzer Dauer ist. Es ist falsch, ein besiehtes und gedemütigtes, aber immer noch sehr starkes Umfeld auf dem Schlachtfeld zu hinterlassen. Der Streik ist ausgesetzt. Alles deutet darauf hin, dass er im September, mit Beginn des neuen Schuljahres und vor den Parlamentswahlen, wieder aufleben wird. In Polen sind Streiks aufgrund der geringen Gewerkschaftszugehörigkeit und des eindeutig unfreundlichen Arbeitsrechts sehr schwierig zu organisieren. Die Lehrer haben jedoch gezeigt, dass es möglich ist, einen großen Streik zu organisieren und eine starke Unterstützung dafür zu mobilisieren. Die Regierung, die eine Sozial- und Wahlpolitik der Verteilung betreibt, weckte die Erwartungen der verschiedenen Mitarbeitergruppen. Die Proteste werden von Sozialarbeitern, Gesundheitspersonal, Betreuern von Behinderten und vielen anderen Gruppen vorbereitet. Dies wird durch die Propaganda der Regierung unterstützt, die behauptet, über Mittel für Sozialtransfers zu verfügen und dass die wirtschaftliche

Situation ausgezeichnet sei. Es besteht kein Zweifel daran, dass ein bedeutender Teil der PiS-Wähler eine soziale Wählerschaft ist. Es genügt also selbst ein kleines wirtschaftliches Zögern im falschen Moment, und die „soziale“ Wahlstrategie bricht zusammen. Sie kann auch durch die wachsenden Anforderungen der zuvor benachteiligten Arbeitnehmergruppen untergraben werden. Diese Gruppen kündigen bereits an, dass sie sich dem Lehrerstreik anschließen können. Es steht also ein heißer Herbst vor der Wahl an.

Die bildungspolitische Solidarność erwies sich nicht als solidarisch mit dem Rest der Gemeinschaft. Sie entschied sich für eine separatistische Vereinbarung mit der Regierung, die von den meisten Lehrern (einschließlich einiger ihrer Mitglieder) sehr schlecht akzeptiert wurde. Es scheint, dass das Hauptquartier von Solidarność zu eng mit der PiS-Regierung zusammenarbeitet, was für die Gewerkschaft in Polen nie gut geendet hat.

Die Regierung geht zu Unrecht davon aus, dass die Lehrerschaft direkt mit der neoliberalen Opposition oder linken Gruppen verbunden ist. Trotz der Tatsache, dass viele Lehrer linke Überzeugungen haben, vermeiden der Polnische Lehrerverband und das Forum der Gewerkschaften politische Erklärungen und berücksichtigen dabei die schlechten Erfahrungen mit der Zusammenarbeit mit Parteien aus den letzten Jahren. Es ist daher nicht zu erwarten, dass die Protestkreise im Herbst eine bestimmte Gruppe offen unterstützen werden.

Schlussfolgerungen

In Europas neoliberalen und linken Kreisen besteht die Tendenz, verschiedene populistische Gruppen in einen Topf zu werfen. Es ist ein Fehler. Genauso wie es ein Fehler ist, den Streik der Lehrer in Polen auf einen Kampf gegen PiS zu reduzieren. Der Wahlerfolg von PiS und die nach wie vor sehr hohe Unterstützung dieser Gruppe beruht auf einer genauen Diagnose der sozialen Ausgrenzung in Polen. Die rechten und linken Neoliberalen ignorierten und übersahen die Bedürfnisse vieler diskriminierter sozialer Gruppen, und das war der Hauptgrund für ihre Wahlkatastrophen. Die Ober- und Mittelschicht in Polen ist immer noch eine Minderheit der Bevölkerung, und Wahlen können nicht nur mit ihrer Unterstützung gewonnen werden. Die PiS, die weltanschaulich äußerst konservativ und wirtschaftlich etwas anachronistisch ist, hat das Problem richtig definiert, indem sie die Sozialpolitik scheinbar linksnah durchführte. Das Problem ist, dass große Sozialtransfers (Programm 500+ für alle



Quelle: GEW / Lehrgewerkschaft ZNP

Kinder, zusätzliche Renten usw.) teuer, an alle gerichtet (unabhängig von den Einkommenskriterien) und nur in einer sehr guten wirtschaftlichen Situation möglich sind. Jede wirtschaftliche Situation endet eines Tages und Polen hat bereits den Höhepunkt der derzeit guten wirtschaftlichen Situation erreicht. Das Problem ist auch, dass PiS soziale Gruppen auswählt, die sie ständig oder vorübergehend unterstützt, und solche, deren Interessen durch das Wahlinteresse außer Acht gelassen werden. PiS-Transferleistungen stimulieren den „Appetit“ anderer Sozial- und Mitarbeitergruppen. Dieser Trend ist nicht mehr überschaubar. Unabhängig davon, wer in den kommenden Jahren regiert, werden dies schwierige Regierungen sein, die mit wachsenden sozialen Anforderungen und sozialen Unruhen konfrontiert sind. Die neoliberale Opposition (die Europa in den letzten Jahren so sehr gefallen hat) und die schwache Linke sind keine gute Alternative zur PiS-Regierung. Gleichzeitig wird man sich vor der wachsenden Macht der rechten Nationalisten fürchten, von denen die meisten von ihnen von PiS „gebündelt“ wurden, obwohl nicht mehr bekannt ist, für wie lange. Der zusätzliche Effekt der Politik der Regierungspartei – die tiefe Spaltung und emotionale Feindseligkeit aktiver Wählergruppen – fördert keinen Optimismus. Die Regierung und die Opposition schufen gegenüberliegende Lager, die mit negativen Emotionen aufgeladen waren, eine jede mit separaten Informationsquellen und die sogar eine je eigene Sprache aufweisen. Diese Barriere wächst auch auf der Ebene der zwischenmenschlichen Beziehungen. Und es kann sehr langlebig sein.

In Polen sind die Europafragen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament nur ein Vorwand für einen internen Wahlkampf. Daher sollten wir nicht erwarten, dass Polen in naher Zukunft in der Debatte über die Zukunft der Reformen der Europäischen Union auf sinnvolle und kreative Weise auftritt.

Die Zukunft scheint neblig zu sein. Was ist mit dem Lehrerstreik, mit dem wir angefangen haben? Er wird im Herbst wieder da sein.

* Jakub A. Kus ist Sekretär der Gewerkschaft Budowlani und Berufsbildungsexperte

Aktionstag gegen Atomwaffen am 1. Juni

BERLIN/STUTTGART. Anfang Februar hat US-Präsident Donald Trump den INF-Vertrag, der den USA und Russland den Besitz atomarer Mittelstreckenwaffen verbietet, gekündigt. Wladimir Putin ist daraufhin ebenfalls aus dem Vertrag ausgestiegen. Im August läuft der Vertrag voraussichtlich endgültig aus. Friedensinitiativen rufen aus diesem Anlass zu einem bundesweiten, dezentralen Aktionstag am 1. Juni 2019 für einen Nachfolgevertrag und eine Welt ohne Atomwaffen auf. Zu den Initiatoren gehören die „Deutsche Friedensgesellschaft“ (DFG-VK), die Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) und die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“.

XANTHE HALL, Abrüstungsexpertin der IPPNW und ICAN-Vorstandsmitglied zeigt sich besorgt: „Ohne den Vertrag könnte es zu einem neuen atomaren Wettrüsten und zu einer Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa kommen. In den 1980er-Jahren waren es auch Friedensproteste, die zu dem INF-Vertrag und zu einer Entspannungspolitik geführt haben – jetzt müssen wir einen neuen Kalten Krieg verhindern.“

MICHAEL SCHULZE VON GLASSER von der DFG-VK hat den Tag konzipiert: „Der 1. Juni ist der 31. Jahrestag des Inkrafttretens des INF-Vertrages

<http://www.atomwaffenfrei.de/home/artikel/74b70abddd34dc55a3477ca122ea3fe7/friedensgruppen-rufen-zum-aktionstag-gegen-atomwaffen-au.html>

Jugend kämpft bei UNO für Atomwaffenverbot

BERLIN. Vom 29. April bis zum 3. Mai schickt die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) eine Jugenddelegation zur diesjährigen Abrüstungskonferenz für Atomwaffen zu den Vereinten Nationen nach New York. Dort werden sich die jungen Delegierten für die Ächtung und das Verbot von Atomwaffen einsetzen. Zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte wird die DFG-VK in der kommenden Woche eine Jugenddelegation zu den Vereinten Nationen nach New York entsenden. Dort wird vom 29. April bis zum 10. Mai die NPT PrepCom stattfinden. Auf der Konferenz werden die 191 Vertragsstaaten des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NPT) die anstehende Überprüfungskonferenz 2020 vorbereiten. Die DFG-VK wird in Zusammenarbeit mit der

und bettet sich gut in die weiteren in diesem Jahr geplanten Aktivitäten für eine atomwaffenfreie Welt ein“, so der politische Geschäftsführer. „Wir rufen alle Friedensgruppen dazu auf, an dem Tag aktiv zu werden und unterstützen sie beispielsweise mit Aktionssets“, so Schulze von Glasser weiter. Vor allem vor den Landesvertretungen der USA und Russlands sollen Proteste stattfinden. In Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Bonn, Frankfurt und München laufen bereits die Planungen.

ANNE BALZER von ICAN Deutschland macht vor allem auf die deutsche Rolle beim Thema Atomwaffen aufmerksam: „Im rheinland-pfälzischen Büchel lagern noch immer 20 US-Atomwaffen“, so Balzer. „Aktuell plant die Bundesregierung die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge, um in Zukunft auch auferüstete Atombomben ins Ziel fliegen zu können“, kritisiert die ICAN-Pressesprecherin. Und weiter: „Unser Protest richtet sich auch gegen den neuen Atombomber und die atomare Teilhabe Deutschlands.“

ROLAND BLACH von der KAMPAGNE „BÜCHEL IST ÜBERALL! ATOMWAFFENFREI. JETZT“ fordert alle Seiten zu Gesprächen auf: „Eine langfristige Lösung der aktuellen Konfrontation kann nur die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages und die Abrüstung dieser gefährlichen Waffen bringen“, so Blach. Nur Abrüstung bringe Sicherheit.

arbeit mit der „Friedenswerkstatt Mutlangen“ 18 Delegierte im Alter von 19 bis 29 Jahren nach New York schicken. Auf dem Plan stehen zudem weitere Meetings mit Vertreterinnen und Vertretern von Atomwaffenstaaten und Unterzeichnerstaaten des Atomwaffenverbotsvertrages. Die Notwendigkeit eines solchen Vertrages und die kurz bevorstehende Auflösung des INF-Vertrages zwischen den USA und Russland werden dabei Thema sein. Ziel der Delegation ist es auch, deutlich zu machen, dass die junge Generation die Abschreckungspolitik der Atomwaffenstaaten und ihrer Partner nicht akzeptiert.



Umfrage: Klare Mehrheit gegen neue Atombomber

BERLIN. Die deutliche Mehrheit der Deutschen lehnt den Kauf neuer Atombomber ab. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov, für die mehr als 2 000 Personen befragt wurden. Die neuen Kampffjets sind mit speziellen Fähigkeiten zum Abwurf von US-Atomwaffen ausgestattet. 61 Prozent der Befragten lehnen den Kauf ab, nur 18 Prozent befürworten die Ausgaben für atomwaffenfähige Kampffjets, 21 Prozent haben keine Meinung. Bei den Wählern aller Bundestagsfraktionen gibt es eine Mehrheit gegen die Atombomber, am höchsten ist die Ablehnung bei den Linken und Grünen (jeweils 82 %). Die Umfrage wurde von der Anti-Atomwaffen-Organisation ICAN in Auftrag gegeben.

Derzeit wird die Anschaffung neuer Kampffjets diskutiert, da die in Deutschland stationierten US-Atomwaffen in den nächsten fünf Jahren mit neuen ersetzt werden sollen. Die aktuellen deutschen Trägersysteme (Tornado-Kampffjets) müssten dann ebenfalls ersetzt werden. Vorab wurde den Befragten folgende Information gegeben: „Im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ der Nato hat Deutschland eine Fliegerstaffel auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz stationiert. Im Kriegsfall würden deutsche Piloten auf Anweisung diese Kampffjets nutzen, um US-Atombomben abzuwerfen. Um sicherzustellen, dass dies in Zukunft möglich bleibt, plant die Bundesregierung den Kauf neuer Kampffjets, die Atomwaffen abwerfen können.“

„Die Meinungsumfrage ist eine deutliche Absage an die Pläne der Bundesregierung, neue Kampffjets für Atomwaffen anzuschaffen. Statt damit weiter an der nuklearen Abschreckung teilzunehmen, sollte sich Deutschland auf den fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschluss von 2010 besinnen und sich aktiv für den Abzug der US-Waffen einsetzen“, so Xanthe Hall, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland.

Um den Kauf der neuen Kampffjets zu verhindern, hat ICAN eine Online-Kampagne „Atombomber? Nein danke!“ gestartet. Auf www.atombomber-neindanke.de können interessierte Bürger mit wenigen Klicks ihre Bundestagsabgeordnete fragen, ob sie die Anschaffung neuer Kampffjets befürwortet und wie sie sich künftig für nukleare Abrüstung einsetzt.

<https://www.icanw.de/pressemitteilungen/umfrage-deutsche-gegen-neue-atombomber/>

Friedensbewegung zieht positive Bilanz der Ostermärsche

BONN. Das NETZWERK FRIEDENSKOOPERATIVE zieht eine positive Bilanz der Ostermärsche. In rund 100 Städten fanden über Ostern Aktionen für Frieden, Abrüstung und Gerechtigkeit statt. Zentrale Forderungen bei den Ostermärschen waren Abrüstung, eine atomwaffenfreie Welt und der Stopp von Rüstungsexporten.

Laut Netzwerk Friedenskooperative nimmt damit die Zahl der Teilnehmenden seit 2014 kontinuierlich zu. Dies liegt zum einen daran, dass mit Göttingen, Siegen, Eschwege und Neubrandenburg auch dieses Jahr wieder neue Ostermärsche hinzugekommen sind, aber auch daran, dass Parteien, Gewerkschaften und ökologische Bewegungen vermehrt an den Ostermärschen teilnehmen. Als Grund sieht das Netzwerk Friedenskooperative, dass friedenspolitische Themen wieder mehr ins Bewusstsein der Menschen rücken. Dazu zählt vor allem die voranschreitende Aufrüstung Deutschlands, die Gefahr eines nuklearen Wettrüstens in Europa bedingt durch das bevorstehende Aus des INF-Vertrags und die skandalösen Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten wie Saudi-Arabien.

„Die Forderung nach Abrüstung ist für viele Menschen zentral. Sie fürchten, dass Geld nicht in Bereiche wie Rente, Bildung, Pflege oder Klimaschutz investiert werden, sondern in Raketen, Bomben und Panzer“, so Philipp Ingenleuf, Geschäftsführer beim Netzwerk Friedenskooperative.

„Auch das Thema Klimawandel war dieses Jahr durch die ‚Fridays for Future‘-Bewegung präsenter als in den Vorjahren und hat neue Menschen zu den Ostermärschen gebracht. Statt Investitionen in Rüstung braucht es dringend Investitionen in den Klimaschutz“, berichtet Philipp Ingenleuf vom Netzwerk Friedenskooperative. „Es stimmt uns positiv, dass es bei den Ostermärschen 2019 so viele Redebeiträge von ‚Fridays for Future‘-Aktiven gab, so u.a. in München, Saarbrücken, Bonn oder Hamburg.“

Das Ende des INF-Vertrages zwischen Russland und den USA mobilisiert ebenfalls viele Menschen. „Das Ende des INF-Vertrages besorgt viele Menschen und hat sie wachgerüttelt. Die nukleare Bedrohung wird von mehr Menschen wieder als eine reale und existentielle Gefahr wahrgenommen“, erklärt Marvin Mendyka vom Netzwerk Friedenskooperative.

<https://www.friedenskooperative.de/aktuelles/friedensbewegung-zieht-positive-bilanz-der-ostermaersche>

Redebeitrag der Stadträtin Brigitte Wolf (Die Linke) für den Ostermarsch München

Liebe Münchnerinnen, liebe Münchner, liebe Friedensaktivisten, ich freue mich, Ihnen und Euch auch heute in Vertretung des Oberbürgermeisters die Grüße der Stadt überbringen zu dürfen. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in der Welt – der allgegenwärtigen Verschärfung der Konflikte, der Kündigung des INF-Vertrages, der Militarisierung internationaler Politik – ist es umso wichtiger, dass sich Viele für Frieden und Abrüstung einsetzen, auf vielen verschiedenen Ebenen.

Als Mitglied der ‚Bürgermeister für den Frieden‘ meldet sich auch Oberbürgermeister Reiter immer öfter zu Wort: Sei es mit einer Erklärung zur Erinnerung an die Bombenangriffe auf München vor 75 Jahren und dem Leid der Insassen des KZ Dachau, die zur Bombensuche gezwungen wurden, sei es mit Kritik an der Kündigung des INF-Vertrages und der Rückkehr auch der atomaren Aufrüstung, oder auch zur Unterstützung der ICAN-Kampagne zum UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen. Immer geht es darum, dass der Frieden bewahrt und Kooperation und Solidarität gestärkt werden – damit sich die Schrecken unserer Vergangenheit nicht wiederholen.

Liebe Freunde, fast alle Staaten der Welt haben die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, unterschrieben – der Kampf gegen Hunger und Armut, für Gesundheit und Bildung, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für die globale Gültigkeit der Menschenrechte. Viele in Gesellschaft und Politik unterstützen diese Ziele mit Worten, allein die Taten sprechen allzu oft eine andere Sprache.

Der einstimmige Beschluss der Nato-Staaten, ihre Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, ist entlarvend. Denn die globalen Probleme der Welt – Hunger, Armut, Krankheiten, Klimawandel, Umweltzerstörung – lassen sich nicht mit Waffen und Militär bekämpfen. Ganz im Gegenteil: Sie sind nichts als eine gigantische Verschwendung von Menschenleben und Ressourcen.

Zwei Prozent – diese schlichte Zahl hat es verdient, zum Unwort des kommenden Jahrzehnts zu werden. Denn:

Die Rüstungshaushalte von heute sind die Kriege von morgen.

<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2019/reden/brigitte-wolf-m%C3%BCnchen>

Liebe Münchnerinnen, liebe Münchner, wir stellen entsetzt fest, dass im internationalen Zusammenleben der Staaten die mühevolle Suche nach Verständigung schwächer wird und das Herumfucheln mit Drohungen stärker. Diese Drohungen passieren auf einer nach oben offenen Skala des Schreckens:

- die atomare Aufrüstung droht mit der Vernichtung von Zivilisation und Lebensgrundlagen
- die ferngesteuerten Waffen töten die Opfer und entmenslichen Täterinnen und Täter, die zu heimtückischen Mördern werden
- der Cyberkrieg gegen die lebenserhaltenden Einrichtungen der zivilen Infrastruktur machen den gezielten Angriff auf die zivile Bevölkerung zum Programm – Kriegsverbrechen durch Programmierer.

Wer Krieg führen will, heißt es, braucht drei Sachen: Geld, Geld und Geld.

- Die Modernisierung der Atomwaffen kostet.

- Die Entwicklung der ferngesteuerten Waffen kostet.

- Die Entwicklung des Cyberkriegs kostet.

Die Erhöhung der Militäretats auf zwei Prozent sind ein politisches Statement: Die Politik verlangt von der Zivilgesellschaft die Finanzierung einer militarisierten Politik, die das Kriegsrisiko steigert.

Die Forderung nach Erhöhung der Rüstungsetats kommt aus den Reihen der Mächtigen dieser Welt. Sind wir, ist die Zivilgesellschaft, ist die Friedensbewegung ohnmächtig angesichts dieser vermeintlichen Übermacht? Ich sage Nein! Stellungnahmen aus den Städten rund um den Erdball belegen das moralische Gewicht der Friedenspolitik in der zivilen Gesellschaft. Mag sein, dass weder Moral noch Vernunft die Mächtigen dieser Welt aufhalten. Aber: Es gibt in der Demokratie ein Gegenmittel:

Der Rüstungshaushalt von heute ist der Krieg oder eben der NICHT-Krieg von Morgen!

Kämpfen und arbeiten wir gemeinsam für eine starke öffentliche Kampagne, die am Ende so stark sein muss, dass sie zu parlamentarischen Mehrheiten führt. Denn: Wirksame Abrüstung ist nicht eine Folge von Völkerverständigung, sondern deren Voraussetzung.

Das ist unser Ziel, das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Riesige kommunale Altschulden im Ruhrgebiet

Rahmenbedingungen zur Problemlösung aber günstig wie nie

THORSTEN JANNOFF, GELSENKIRCHEN

Bundesweit sind über 2.300 Kommunen mit rund 46 Mrd. Euro nur an Liquiditätskrediten verschuldet, davon allein die Kommunen im Ruhrgebiet mit fast 15 Mrd. Euro. Ein Drittel aller kommunalen Dispo-Kredite konzentriert sich damit an der Ruhr und behindert den Strukturwandel. „Trotz guter Wirtschaftsdaten steigt die Armut“, stellt die DGB-Landesvorsitzende Anja Weber fest. Der DGB-NRW hat deshalb am 11. April in Kooperation mit der Stadt Gelsenkirchen einen Kongress zur Entschuldung der Kommunen durchgeführt. Dort stellte der Kommunalfinanzwissenschaftler Prof. Dr. Martin Junkernheinrich Modelle für einen Weg aus der Verschuldung vor.

Ein Altschuldenfonds unter Beteiligung von Bund und Land

Demnach sollen sich Bund und Land an einen Altschuldenfonds beteiligen, denn diese beiden Ebenen haben eine „hohe Mitverantwortung an der Entstehung des Problems“. Dieser Fonds soll die Schulden aus den Liquiditätskrediten der Kommunen übernehmen, bis auf einen verbleibenden Sockelbetrag von 100 Euro je Einwohner in den kreisfreien Städten. Dieses Modell würde für eine flächendeckende Hilfe sorgen. Für die Stadt Essen z.B. würde so angesichts des aktuellen Dispos von über 2,2 Mrd. Euro, fast 3.800 Euro je Einwohner, eine relativ geringe Summe von knapp 60 Mio. Euro an Liquiditätskrediten übrigbleiben und sich damit wieder in einem vernünftigen Rahmen bewegen. Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist das sog. „Hessen-Modell“. Dort beteiligt sich das Land zu 50 Prozent an den Altschulden, jede Kommune tilgt längstens 30 Jahre mit 25 Euro pro Einwohner, danach übernimmt das Land den Rest. Eine Beteiligung ohne den Bund ist für Martin Junkernheinrich aber ausdrücklich keine Option für andere Regionen, denn „zum einen sind die Kommunen in Hessen insgesamt weniger verschuldet als in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Zum anderen gehört das Land Hessen wie im Durchschnitt auch seine Kommunen zu den finanzstärkeren in Deutschland. Gerade in Ländern mit besonders hoch verschuldeten Kommunen reichen weder die

Finanzen des Landes noch die 25 Euro je Einwohner noch die 30 Jahre zur Problemlösung, geschweige denn zur Sicherung des Haushaltsausgleichs. Deshalb ist auch der Bund gefordert, hier einen Beitrag zur Entschuldung der Kommunen zu leisten. Da er angesichts seiner gesetzgeberischen Zuständigkeit insbesondere für die kommunalen Aufgaben und Ausgaben im Sozialbereich auch eine Mitverantwortung für deren Finanzierung trägt, der er in der Vergangenheit nur mangelhaft nachgekommen ist, ist eine Bundeshilfe auch wohl begründet. Die zuletzt vorgenommene Erhöhung seiner Beteiligung an den kommunalen Sozialausgaben reicht dazu auch nicht aus. Zudem finanziert sie nur die aktuellen Ausgaben. Seine Beteiligung an einem Altschuldenfonds wäre hingegen ein Ausgleich für eine in der Vergangenheit nicht ausreichende Finanzierung („nachholende Konnexität“).

Günstige Rahmenbedingungen für Entschuldung durch nachholende Konnexität

Dieser „nachholenden Konnexität“ soll der Bund mit mindestens einer Drittelbeteiligung an den Altschulden nachkommen, für angemessen und realistisch hält Junkernheinrich aber 50 Prozent. Für die anderen 50 Prozent sollen Land und Kommunen mit je 25 Prozent aufkommen. Die Tilgung kann analog zum „Hessen-Modell“ für den kommunalen Anteil mit einem Festbetrag erfolgen. „Dieser kann durch einen Basisbetrag und einen individuellen auf der lokalen Zinslast basierenden Zinsanteil gebildet werden. Damit wird die kommunale Belastung für die hochverschuldeten Kommunen gedeckelt. Gering verschuldete Kommunen werden schneller entschuldet.“ Finanzieren können die Kommunen ihren Anteil zu einem großen Teil durch Zinsersparnis. So zahlt Essen in diesem Jahr rund 60 Mio. Euro Zinsen, 40 Mio. Euro für Investitionskredite und 20 Mio. Euro an Liquiditätszinsen. Diese Summe auf 30 Jahre hochgerechnet ergeben 600 Mio. Euro, aber nur wenn es bei dem aktuell niedrigen Liquiditätszinssatz bleibt, der im Gegensatz zum Zinssatz für Investitionskredite von durchschnittlich 2,79 Prozent bei unter einem Prozent liegt. Der kann sich aber

erhöhen und deshalb muss schnell gehandelt werden. Das ist auch möglich. „Die Rahmenbedingungen zur Problemlösung sind so günstig wie noch nie“, stellt der Finanzwissenschaftler fest. Denn die Zinsen sind niedrig und die Ruhrgebietskommunen erzielen aktuell wegen höherer Steuereinnahmen, einer seit kurzem höheren Beteiligung des Bundes an den Sozialkosten und auch durch den umstrittenen Stärkungspakt Stadtfinanzen¹ ausgeglichene Haushalte, überwiegend sogar mit leichten Überschüssen. Einige Kommunen haben bereits mit der Schuldentilgung angefangen. Allerdings sind bei der Höhe der Schulden so große und insbesondere „dauerhafte Überschüsse in einer Höhe erforderlich, die auch bei verschärften Sparbemühungen nicht erzielbar wären und auch von den Bürgern wohl kaum mitgetragen würden“, so die zutreffende Einschätzung. Denn das Ende der Fahnenstange beim Sparen ist im Ruhrgebiet schon längst erreicht. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist in vielen Bereichen mangelhaft, die Infrastruktur und Schulen oft mehr als marode. Bereits ein leichter Zinsanstieg würde vielerorts wieder zu einem negativen Haushaltsaldo führen und ohne weitere Sparmaßnahmen nicht zu stemmen sein.

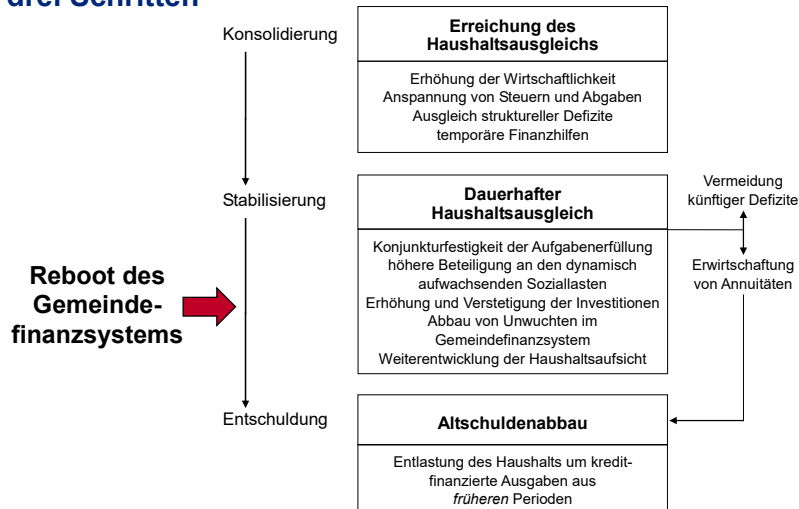
Das fünffache Dilemma

Die Ruhrgebietskommunen befinden sich laut Prof. Junkernheinrich in einem fünffachen Dilemma: „Ohne Zweifel werden auch in den Kommunen Fehler gemacht und liegen individuelle Problemlagen vor, weshalb sie auch nicht aus der Verantwortung genommen werden können. Die hohen Liquiditätskredite im Ruhrgebiet sind dennoch überwiegend das Ergebnis einer strukturellen Unterfinanzierung im Strukturwandel, die permanent unausgeglichene Haushalte zur Folge hatte. Im Ergebnis ist eine fiskalische Konstellation entstanden, die am besten als fünffaches Dilemma zu beschreiben ist. Der Strukturwandel hat:

- die Steuerbemessungsgrundlage geschwächt, zugleich aber
- die Sozialausgaben deutlich ansteigen lassen. Dadurch mussten die Ausgaben für andere wichtige Aufgaben zurückgefahren werden. Insbesondere
- das Investitionsniveau ist deshalb aus-

1) Mit dem Stärkungspakt hat die ehemalige rot-grüne Landesregierung rund 5,8 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, die zum Teil über eine Umlage durch die besser gestellten Kommunen gegenfinanziert wurde. Der Stärkungspakt war mit rigorosen Sparauflagen versehen und der Maßgabe, bis 2020 ausgeglichene Haushalte auch ohne Stärkungspaktmittel zu erreichen. Das ist in Essen gelungen, es kam aber zu massiven Erhöhungen der Gewerbe- und Grundsteuer sowie einer Kürzung von 690 Stellen in der Stadtverwaltung. Die Situation wurde, auch durch den großen Zuzug von Geflüchteten, so schwierig, dass höhere Beamte rebellierten. 33 Amtsleiter protestierten im Jahr 2016 mit der „Klausenhofer Erklärung“ gegen diese Entwicklung. Mittlerweile sind wieder mindestens 250 neue Mitarbeiter eingestellt worden. Das Problem des Fachkräftemangels ist aber wie in allen Kommunen nach wie vor groß.

Haushaltsausgleich und Altschuldenabbau in drei Schritten



Prof. Dr. Martin Junkernheinrich

11. April 2019

Seite 4

gesprochen niedrig. Zur Konsolidierung mussten u. a.

- die standortrelevanten Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze überproportional angehoben werden. Dennoch reichten die Maßnahmen zum Haushaltsausgleich nicht aus. Es kam
- zu überproportional hohen Liquiditätskrediten, aus deren Finanzierung eine zusätzliche Belastung aus hohen Zinsausgaben resultiert.

In diesem Dilemma befinden sich aber auch Kommunen in anderen Regionen, deren ökonomische Basis ebenfalls weggebrochen ist, zum Beispiel die Schuhindustrie in Rheinland-Pfalz, die Montanindustrie im Saarland oder die Werftstandorte an der deutschen Küste. In Ostdeutschland hat der Transformationsprozess ebenfalls tiefe Spuren hinterlassen. Die zusätzlichen Maßnahmen zur Finanzierung des Aufbaus Ost haben aber das Problem der Kassenkredite nicht so stark aufkommen lassen.“

Bund bricht Verfassung

Mit der strukturellen Unterfinanzierung verstößt der Bund seit Jahren gegen die grundgesetzlich festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Zwar befasst sich die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ unter dem Vorsitz des Bundesinnenministeriums in Form einer Arbeitsgruppe auch mit dem Thema „Kommunale Altschulden“. Weil das Problem aber nur relativ wenige Kommunen so sehr wie das Ruhrgebiet plagt, ist die Bereitschaft bei den anderen Kommunen in diese Richtung nicht sehr ausgeprägt. Sie favorisieren eher eine reine Entlastung bei den Sozialkosten. Forderungen wie die Dynamisierung der 5-Milliarden-Entlastung des Bundes im Sozialbereich, eine größere Beteiligung

bei den Kosten der Unterkunft und die Übernahme der Hilfen für geduldete Flüchtlinge sowie eine sozialorientierte Ausrichtung des Verteilungsschlüssels bei der Umsatzsteuer werden auch von Martin Junkernheinrich geteilt. Diese Entlastungen sind allein deshalb schon wichtig, um den Haushaltsausgleich abzusichern. Allerdings würden sich so die Unterschiede zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Kommunen sogar noch verschärfen: „Würde sich der Bund nur über eine weitere Erhöhung der Bundesbeteiligung an den kommunalen Sozialausgaben beteiligen, würde dies wiederum die Kommunen in zwei Lager spalten: die einen können mit den zusätzlichen Mitteln noch mehr investieren, Steuern senken und/oder ihre Leistungen weiter steigern – die anderen müssen die Überschüsse für die Schuldentilgung verwenden und ihre Bürger weiter „kurz halten“. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse geriete so noch mehr aus dem Gleichgewicht.“

Eine Entschuldung und die Absicherung des Haushaltsausgleichs durch die Entlastung bei den Sozialkosten sind also zwei Paar Schuhe.

Konnexität durch Frühwarnsystem einhalten

Damit nach einer erfolgreichen Entschuldung die Kommunen nicht wieder in dieselbe Zwangslage geraten, empfiehlt Prof. Junkernheinrich die Rolle der Kommunalaufsicht auch in Richtung des Bundes zu verschärfen und ein Frühwarnsystem einzurichten, dass „nach individuellen und strukturellen Ursachen unterscheiden kann (Strukturanalyse-Kompetenz)“. Auch die Einhaltung der Konnexität durch den Bund gehört zu dieser Prüfung. Damit würde das hierarchische Verhältnis zwischen beiden Ebe-

nen zwar nicht vom Kopf auf die Beine gestellt werden, aber immerhin würde sich die Position der Kommunen gegenüber dem Bund institutionell stärken. Andere Überlegungen, wie die nach einer Genehmigungspflicht von Liquiditätskrediten sind eher mit Vorsicht zu genießen, könnten sie doch dazu führen, dass die Kommunen zu sehr am Gängelband der Bezirksregierungen hängen.

Ein fiskalischer Neustart: Voraussetzung für die Lösung auch anderer Probleme

„Altschuldenabbau und Sicherung des Haushaltsausgleichs sind kein Selbstzweck. Sie sind vielmehr Voraussetzung dafür, dass die Folgen des Strukturwandels von den Kommunen im Ruhrgebiet bewältigt werden können. Dazu gehört beispielsweise, dass die Kommunen brach gefallene und von Giftstoffen belastete Flächen aufbereiten und entwickeln können, um schnellstmöglich Raum für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehört dann auch, dass Kinder und Jugendliche Tageseinrichtungen und Schulen in einem Zustand und mit einer Ausstattung vorfinden, die ihnen eine Chance zur Entwicklung ihres Potenzials geben und nicht schon am Anfang des Lebens das Gefühl von abgehängt sein vermitteln. Vielmehr müssen sie vorbereitet werden auf die mit dem fortschreitenden Strukturwandel immer höher werdenden Anforderung des späteren Erwerbslebens“, so Martin Junkernheinrich abschließend.

Dem ist nichts hinzuzufügen, außer dass ohne massiven politischen Druck mit einer Umsetzung dieser gut durchdachten Vorschläge nicht zu rechnen ist, mit einer schnellen schon gar nicht. Immerhin gehen die meisten Finanz- und Wirtschaftsexperten davon aus, dass die Zinsen nicht so schnell steigen werden. Aber es kann auch anders kommen und ob schnell oder nicht, eine mögliche Zinserhöhung schwebt weiter als Damoklesschwert über den Kommunen. Hinzu kommen weitere Risiken, wie ein Rückgang der Steuereinnahmen oder ein Wegfall der Grundsteuer durch Uneinigkeit in der Bundesregierung. In Nordrhein-Westfalen befinden sich mit 26 Mrd. Euro weit mehr als die Hälfte der bundesweiten Kassenkredite. Es gibt viele gute Gründe für Die Linke NRW, die Entschuldung der Kommunen zu einem städteübergreifenden Schwerpunktthema im Kommunalwahlkampf 2020 zu machen.

Quelle: Pressematerialien der Veranstaltung „Kommunale Altschulden im Ruhrgebiet – Handlungsoptionen für einen fiskalischen Neustart“ von NRW DGB in Kooperation mit der Stadt Gelsenkirchen am 11. April 2019 im Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen

Städte schlagen Alarm wegen Altschulden in Milliardenhöhe:

BERLIN. Statement von HELMUT DEDY, HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES, zu Altschulden der Kommunen gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Der Deutsche Städtetag mahnt bei Bund und Ländern dringend Lösungen für das Problem kommunaler Altschulden an. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, sagte mit Blick auf die laufenden Verhandlung in der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse: „Wir brauchen endlich Hilfen für Städte mit drückenden Altschulden, damit sie wieder handlungsfähig werden. Denn alle Städte wollen für ihre Bürgerinnen und Bürger lebenswert sein und ihnen langfristig eine Heimat bieten, in der es sich zu leben lohnt. Ein wichtiger Indikator für das Altschuldenproblem sind die Kassenkredite, mit denen Kommunen laufende Ausgaben bestreiten müssen. Sie summieren sich auf rund 48 Milliarden Euro und lassen sich von den betroffenen Städten trotz gestiegener Steuereinnahmen nicht allein aus eigener Kraft abbauen. Deshalb müssen Bund und Länder handeln und zu Lösungen für das Problem kommunaler Altschulden kommen. Dafür muss die Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse des Bundes zusammen mit Ländern und Kommunen konkrete Ergebnisse liefern. Strukturschwache Städte und Regionen brauchen zielgenaue Hilfen und die Kommunen sind bereit, auch selbst mitzuwirken. Eine direkte Lösung für das Altschuldenproblem kann darin bestehen, dass der Bund die betroffenen Länder bei Entschuldungs- und Konsolidierungsprogrammen unterstützt. Oder der Bund hilft den Kommunen indirekt, indem er sie dauerhaft bei den Sozialausgaben entlastet. Dafür wäre eine höhere Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose ein guter Weg. Das würde die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Altschulden zu reduzieren. Dass der Bund sich an einer Lösung beteiligen muss, steht für die Städte außer Frage. Die vom Bund mit verantworteten Sozialleistungen haben schließlich hohe kommunale Sozialausgaben verursacht. Damit wurden strukturschwache Städte überfordert und daraus sind Altschulden entstanden. Die Länder sind natürlich gegenüber ihren Kommunen ebenfalls in der Pflicht. Damit das Problem gelöst werden kann, sind alle gefordert: der Bund, die jeweiligen Länder und auch

die betroffenen Kommunen. Hilfen gegen das Altschuldenproblem fördern gleichwertige Lebensverhältnisse: Sie fördern damit auch gleiche Zukunftschancen für alle Menschen. Dabei geht es um gute Bildung, soziale Teilhabe und um Leistungen der Daseinsvorsorge, die die Kommunen vor Ort erbringen.“

<http://www.staedtetag.de>

DEUTSCHER STÄDTETAG ZUR STATISTIK KOMMUNALFINANZEN 2018:

BERLIN. Finanzlage insgesamt sehr positiv – Unterschiede zwischen strukturschwachen und wirtschaftsstarke Städten und Regionen bleiben problematisch. Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zu den Kommunal финанzen sind für den Deutschen Städtetag Ausdruck der bislang noch positiven Wirtschaftslage. Die Überschüsse belegen, dass die Kommunen auch im vergangenen Jahr mit den Mitteln für ihre Bürgerinnen und Bürger verantwortungsvoll gewirtschaftet und kurzfristige Ausgabensteigerungen weitgehend vermieden haben. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe, erklärte zu den aktuellen Zahlen: „Die Städte freuen sich über gute Wirtschaftsdaten und Steuereinnahmen sowie die damit verbundenen Investitionschancen. Besonders erfreulich ist der deutliche Anstieg der Investitionen in der Gesamtheit der Kommunen um 12,9 Prozent. Ein genauerer Blick auf die kommunale Finanzlage zeigt gleichzeitig, dass die lange schon viel zu großen Unterschiede zwischen finanzstarken und strukturschwachen Städten und Regionen bestehen bleiben. Strukturschwäche führt zu wachsenden Ungleichgewichten, etwa auf dem regionalen Arbeitsmarkt oder bei kommunalen Leistungen. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung Maßnahmen gegen das weitere Auseinanderdriften von armen und reichen Kommunen und Regionen. Solange die Einnahmen gut sind, sollten Bund und Länder die Chance nutzen, um finanzschwache Kommunen zu stärken und dadurch gleichwertige Lebensverhältnisse zu fördern.“ Beispielsweise lagen die Investitionen im Jahr 2018 in Bayern und Baden-Württemberg bei über 500 Euro je Einwohner und im Saarland und in Nordrhein-Westfalen bei deutlich unter 300 Euro je Einwohner. Das zeigt, wie unterschiedlich die Verhältnisse in den Kommunen in verschiedenen Ländern sind. Regionale Unterschiede sind in einem föderalen Staat normal und spiegeln letztlich die Vielfalt der Städte und Regionen. Wenn allerdings Zukunftschancen der Menschen in Deutschland etwa auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Bildung davon abhängen, in welcher Region je-

mand lebt, muss gehandelt werden. „Mit der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ hat die Bundesregierung einen richtigen Schritt getan, um konkrete Lösungen für strukturschwache Regionen zu entwickeln. Bund und Länder müssen jetzt allerdings Hand in Hand arbeiten und vorzeigbare Ergebnisse vorlegen, damit geweckte Erwartungen auch erfüllt werden“, so Städtetagspräsident Markus Lewe.

<http://www.staedtetag.de>

DEUTSCHER LANDKREISTAG STELLT GEMEINSAM MIT MINISTERPRÄSIDENT HASELOFF ECKPUNKTE FÜR GERECHTERE STEUERVERTEILUNG MIT DEM ZIEL GLEICHWERTIGER LEBENSVERHÄLTNISSE

VOR: NEUHARDENBERG. Der Deutsche Landkreistag hat im brandenburgischen Neuhausen gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt Eckpunkte für eine gerechtere Steuerverteilung zwischen den Kommunen vorgestellt. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sagte: „Gleichwertige Lebensverhältnisse haben ganz grundlegend etwas mit finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten zu tun. Hier hat gerade der Osten des Landes weiterhin Unterstützungsbedarf. Daher leisten wir mit unseren Ideen einen Beitrag dazu, dass das Gefälle zwischen den Kommunen nicht weiter zunimmt, sondern geringer wird. Kern unseres Vorschlags ist, den auszubauenden kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer zu einem Teil nicht nach Wirtschaftskraft, sondern nach Einwohnern zu verteilen.“ Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff schlug darüber hinaus zur Gewerbesteuer vor: „Unternehmen, die in den ostdeutschen Ländern ihr Geld verdienen, sollen auch hier ihre Gewerbesteuern bezahlen.“ Kommunen im Osten fehlten Steuereinnahmen, weil die Konzerne sie lediglich am Sitz der Zentrale in Westdeutschland entrichteten. „Ostdeutschland ist keine verlängerte Werkbank, sondern verfügt über nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Potenziale.“ Henneke erläuterte seinen Vorschlag: „Wesentlich ist, dass sich eine Neuverteilung des kommunalen Umsatzsteueranteils auf einen zusätzlichen Teil der Steuermittel bezieht. Nimmt man beispielsweise die über die Umsatzsteuer zu verteilenden 2,4 Mrd. € aus dem 5-Mrd.-Paket zur Entlastung der Kommunen, würde der Osten hiervon profitieren.“ Für die Kommunen in den ostdeutschen Ländern ergäben sich daraus Mehreinnahmen gegenüber dem bisherigen Verteilungsschlüssel von 84 Mio. € im Vergleich zum Status quo. „Dies wäre auch das Modell für eine künftige, darüber hinausgehende Stärkung der kommunalen Steuerbasis über die Umsatzsteuer. In der landesinternen Vertei-

lung zwischen den Kommunen würden insbesondere die wirtschaftsschwächeren Kommunen profitieren und nachhaltig gestärkt werden.“ (...) <https://www.landkreistag.de>

Forderungen zur Grundsteuerreform: Zur Debatte um die Reform der Grundsteuer erklärt die Vorsitzende des KOMMUNALPOLITISCHEN FORUM MV e.V., JEANNINE RÖSLER: „Das Bundesverfassungsgericht hatte die Verfassungswidrigkeit der Grundsteuer festgestellt, weil die ihr zu Grunde liegenden Einheitswerte die wirklichen Wertverhältnisse und Wertabstände von Grundvermögen nicht bzw. falsch darstellte. Eine Diskussion darüber, den Wert der Grundstücke und Immobilien im Besteuerungsverfahren völlig außer Acht zu lassen, ist weder zielführend noch gerecht. Es macht einen Unterschied, ob das Grundstück im Speckgürtel von München oder in Vorpommern liegt. Es macht einen Unterschied, ob es ein Einfamilienhaus, Mietshaus oder eine noble Villa ist. Diese Unterschiede bei der Wertermittlung und der Höhe der Grundsteuer müssen berücksichtigt werden, wenn es um Steuergerechtigkeit gehen soll. Die Städte und Gemeinden entscheiden mit den Hebesätzen über die Höhe der Grundsteuer. Dieser Entscheidungsspielraum über die Bemessungsgrundlage darf nicht eingeschränkt werden. Für das Besteuerungsverfahren braucht es an die Realität anknüpfende Werte. Wir fordern: • Die Grundsteuer fristgerecht zu reformieren und Kommunen vor Steuerausfällen zu schützen. • Mieter*innen zu entlasten, indem die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf Mieter*innen abgeschafft wird und differenzierte Steuermesszahlen zur Förderung der Wohnbebauung genutzt werden. • Den Verkehrswert von Grundstücken und Gebäuden als Grundlage der Grundsteuer beizubehalten. • Grundstücksspekulationen durch stärkere Belastung baureifer, aber unbebauter Grundstücke zu bekämpfen. • Wohnungsgenossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und -träger von der Grundsteuer zu entlasten.“ <http://www.kf-mv.de>

Grundsteuer darf nicht länger auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werden! Zur aktuellen Debatte um die Grundsteuerreform erklärt die LINKE-KREISSPRECHERIN UND MÜNCHNER BUNDESTAGSABGEORDNETE Nicole Gohlke: „Die Forderung von Sozialreferentin Schiwy nach einer Grundsteuerreform, in der die Grundsteuer nicht mehr auf die Mieter umgelegt werden kann, ist richtig. Es ist zu erwarten, dass durch die Reform der Grundsteuer das Wohnen in

den Städten noch teurer wird als es heute ohnehin schon ist. Durch die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Betriebskosten werden die Warmmieten in München durch die Reform noch mehr ansteigen. Die Mieterinnen und Mieter dürfen nicht die Verlierer der Grundsteuerreform werden. Daher muss die Grundsteuer zukünftig alleine von den Immobilienbesitzern getragen werden. Gerade in den Ballungsgebieten schöpfen viele, vor allem profitorientierte private Wohnungsgesellschaften, das gesetzlich maximal Zulässige an Mieterhöhungen aus. Ein Wegfall der Umlagefähigkeit der Grundsteuer würde die Mieterinnen und Mieter direkt entlasten. Meine Fraktion im Deutschen Bundestag hat dazu bereits im März einen entsprechenden Antrag eingebracht. Ich freue mich, dass unsere Forderung auch in den Reihen der SPD immer mehr Unterstützerinnen und Unterstützer findet.“ <http://www.dielinke-muc.de/>

Grundsteuerreform: Bayerische Verfassung als Vorbild für Hamburg. Die Bürgerschaft diskutiert heute in einer Aktuellen Stunde die Reform der Grundsteuer. Dazu Norbert Hackbusch, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft: „Die Neuordnung der Grundsteuer ist unbedingt notwendig, da sonst die Gefahr existiert, dass sie – analog zur Vermögenssteuer – ganz wegfällt. Sie sollte allerdings auch mit der Abschaffung der Abrechnung der Kosten über die Nebenkosten auf die Mieter_innen verbunden werden. Es gibt keinen Grund dafür, dass die Mieter_innen diese Kosten tragen und die Profiteur_innen von der Bodenpreissteigerung sich an den Kosten nicht beteiligen.“ Die stark steigenden Bodenkosten und die unverdienten Steigerungswerte stellen eine der großen Herausforderungen der städtischen Wohnungspolitik dar, meint Hackbusch. „Im Grundsatz sollte die Bayerische Verfassung erreicht werden: Dort liest man in Art. 161, Abs. 2: ‚Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.‘“ <https://www.linksfraktion-hamburg.de>

Deutscher Städtetag sagt aufkommensneutrale Grundsteuerreform zu: BERLIN. Der Deutsche Städtetag weist Spekulationen zurück, die Kommunen könnten die Reform der Grundsteuer für drastische Steuererhöhungen nutzen. „Die Kommunen werden ihre Hebesätze so verändern, dass etwa die heutigen Einnahmen erreicht werden“, sagte Verena Göppert, stellvertretende Haupt-

geschäftsführerin des Städtetages, der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Sie wollen die Reform nicht dazu benutzen, ihre Haushalte zu sanieren.“ Hintergrund sind Beispielrechnungen des Eigentümerverbands Haus&Grund, wonach es nach den Plänen von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) zur neuen Grundsteuer in bestimmten Fällen zu drastischen Steuererhöhungen kommen kann. Göppert sagte, die Beispielrechnungen hätten zwei große Schwächen: „Sie betrachten vor allem außergewöhnliche Fälle, in denen die Grundsteuer aufgrund der veralteten Grundstückswerte bisher sehr niedrig war. Außerdem berücksichtigen diese Zahlen nicht die künftigen Hebesätze der Kommunen, die in vielen Fällen neu festgelegt werden.“ Die Beispiele bildeten daher keinesfalls realistisch ab, wie sich der durchschnittliche Grundsteuer-Betrag für Menschen mit Eigenheim oder für Mieterinnen und Mieter entwickeln werde. Das Bundesverfassungsgericht hatte wegen völlig veralteter Bemessungsgrundlagen eine Neuregelung der Grundsteuer bis Ende 2019 verlangt. Aktuell werden noch Grundstückswerte von 1935 in Ostdeutschland und von 1964 in Westdeutschland genutzt. Die Grundstücke sollen nun zum 1. Januar 2022 neu bewertet werden, danach alle sieben Jahre. Dabei sollen vor allem der Wert des Bodens und die durchschnittliche Miete eine Rolle spielen. Damit diese erste Neubewertung nach Jahrzehnten nicht zu massiven Anstiegen bei der Steuer führt, will Scholz die sogenannte Steuermesszahl massiv senken. Außerdem geht Scholz davon aus, dass die Kommunen einen weiteren Berechnungsfaktor senken, den Hebesatz. Auf diese Weise soll es unterm Strich insgesamt keine großen Mehrbelastungen von Mietern und Hausbesitzern geben. Die Grundsteuer ist mit Einnahmen von rund 14 Milliarden Euro pro Jahr eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Kommunen. „Die Städte haben frühzeitig erklärt, dass die Reform der Grundsteuer aufkommensneutral sein soll“, sagte Göppert. „Hier gibt es eine gemeinsame Linie von Bund, Ländern und Kommunen.“ Es gehe darum, das Volumen der Grundsteuer durch die Reform auch in Zukunft zu sichern. Die Kommunen bräuchten das Aufkommen auch nach der Reform, um Teile ihrer Infrastruktur für die Bürger zu finanzieren, zum Beispiel Schulen und Schwimmbäder. Die alte Grundsteuer beruhe auf völlig veralteten Grundstückswerten. „Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn der einzelne Steuerbescheid nach einer Reform mal niedriger oder höher ausfallen kann. Insgesamt aber geht es nicht um eine höhere Grundsteuer, sondern um mehr Steuergerechtigkeit.“ <http://www.staedtetag.de>

Klasse Tarifabschluss bei der Berliner Verkehrsgesellschaft

RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Nach drei massiven Streiktagen, die zum Teil den öffentlichen Nahverkehr in ganz Berlin – mit Ausnahme der S-Bahn, die im Besitz der Bahn-AG ist – lahmgelegt hatten, haben die 14.500 Beschäftigten der Berliner Verkehrsgesellschaft im April einen Tarifabschluss mit bundesweiter Signalwirkung erreicht. Rückwirkend zum 1.1.2019 bekommen alle Beschäftigten 8 % mehr Geld, mindestens 350 Euro. Das Weihnachtsgeld steigt für alle um 200 Euro. Der Tarifabschluss läuft bis 31.12.2020, also über zwei Jahre. Zusätzlich gibt es Änderungen bei der Eingruppierung und im Manteltarif. Das Entgelt von Busfahrern – der größten Beschäftigtengruppe bei der BVG – steigt damit monatlich um 414 Euro, das ist ein Plus von 19 %. In der untersten Entgeltgruppe beträgt der Anstieg sogar 21 %. Ein U-Bahnfahrer, der bisher nach 10 Jahren 2.270 Euro brutto Verdiente, bekommt nun 2.685 Euro im Monat, also 415 Euro mehr. Nur die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung – Verdi hatte eine Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 39 auf 36,5 Stunden gefordert – konnte nicht durchgesetzt werden. Die Arbeitgeberseite argumentierte, sie könne ohnehin nicht alle offenen Stellen besetzen. Mit einer Arbeitszeitverkürzung werde ein zusätzlicher Stellenaufbau erforderlich, der nicht realisierbar sei. Nun können die freien Stellen bei der BVG vermutlich rasch besetzt werden. Bisher waren die Entgelte der BVG – eine Folge der Lohnsenkungen unter Finanzsenator Sarrazin Anfang der 2000er Jahre – bundesweit Schlusslicht unter den öffentlichen Verkehrsbetrieben. Mit diesem Tarifabschluss steigen die Entgelte der BVG bundesweit in die Spitzengruppe auf. Nur in NRW und Bayern wird nach Verdi-Angaben noch mehr gezahlt. „Der Fall BVG wird Strahlkraft haben“, heißt es in den Medien und von der Arbeitgeberseite. In der Tat: den Beschäftigten bei der BVG und ihrer Gewerkschaft Verdi ist mit diesem Abschluss ein bedeutender Schritt zur Eindämmung des Niedriglohnssektors gelungen. Auch in Berlin ist der Fachkräftemangel inzwischen in allen Branchen ein brennendes Thema für die Arbeitgeber geworden. Das verbessert die Position der Beschäftigten – zumal dann, wenn sie wie bei der BVG gewerkschaftlich gut organisiert sind, und wenn sie außerdem auf die in Zuzugsgebieten wie Berlin massiv steigenden Mieten und damit steigenden Lebenshaltungskosten hinweisen können.

Quellen: Welt, RBB24, Tagesspiegel, BZ, 5.4.2019



Zum 1. Mai

haben sich bundesweit rund 380 000 Menschen wie hier in Berlin an 481 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) beteiligt, die im Jahr der Europawahl unter dem Motto „Europa. Jetzt aber richtig!“ standen.

www.dgb.de/erstermai19

DGB-Kritik an Migrationspolitik der Bundesregierung

Neue Gesetze bringen Arbeitsverbote statt Integration in Arbeit und Ausbildung

Neben dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ von Bundesinnenminister Horst Seehofer plant die Bundesregierung aktuell neun weitere Gesetze in der Migrations- und der Asylpolitik. Eine Analyse des DGB zeigt: So, wie diese zehn einzelnen Gesetze mit ihren Maßnahmen zusammenwirken, würden sie die Integration in Deutschland deutlich erschweren – vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt. „Im Ergebnis würden damit weniger Geflüchtete in gute Arbeit integriert werden können. Im letzten Jahr hatte die Bundesregierung noch das Gegenteil versprochen“, kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.

„Das Ergebnis veranlasst den DGB zu großer Besorgnis“, heißt es in einer Zusammenfassung der Analyse mit dem Titel „Arbeitsverbote statt Integration in Arbeit und Ausbildung“. „Gerade in den für den DGB besonders entscheidenden Themenfeldern Zugang zum und gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt, Rechtssicherheit für Betroffene und Unternehmen, Zugang zu Ausbildung, Ausbildungsförderung, Vermeidung von Ausbeutbarkeit und soziale Sicherheit sieht der DGB in den Gesetzesinitiativen der Bundesregierung kaum Potenzial für eine Verbesserung der bisherigen Situation – vielmehr führen die Vorschläge der Bundesregierung überwiegend zu teilweise drastischen Verschlechterungen.“

„Der DGB setzt sich für einen so genannten Spurwechsel ein, der es Personen mit dem Status einer Duldung erlaubt, einen regulären Aufenthaltsstatus zu bekommen, wenn sie in den Arbeitsmarkt integriert sind“, erklärt Buntenbach. „Seitens der Bundesregierung wurde dies auch so angekündigt. Was die Gesetzesinitiativen nun enthalten, lässt sich aber kaum noch Beschäftigungsduldung nennen. Die Hürden werden so

hoch gesteckt, dass sie nur von einer geringen Anzahl von Personen erfüllt werden können. Das halten wir für falsch. Es wäre ein Verlust für die Gesellschaft und ausgesprochen kurzfristig in Zeiten des Fachkräftebedarfs.“

Und auch beim Thema Ausbildung würde sich die Situation verschlechtern und Integration erschwert: „Die Ausbildungsduldung war gemeinsam von Kirchen, Arbeitgebern und Gewerkschaften mühsam errungen worden. Ziel war, jungen Geflüchteten den Weg in Ausbildung und Arbeit zu eröffnen und gleichzeitig den Betrieben die dafür nötige Sicherheit zu bieten“, so Buntenbach. „Mit den vorliegenden Gesetzentwürfen wird die 3+2-Regelung praktisch untertunnelt. Zu befürchten ist, dass mit der neuen Sub-Duldung, also einer Duldung noch unterhalb des bisherigen Status, und anderen Einschränkungen, am Ende jeder Spurwechsel zur Sackgasse wird.“

Im Folgenden die einzelnen Überschriften aus der Studie

1. Arbeitsverbote und Verhinderung gesellschaftlicher Teilhabe werden ausgeweitet
2. Kein Spurwechsel
3. Kaum Verbesserungen bei der Ausbildungsduldung, dafür viele Verschlechterungen
4. Unerreichbare Hürden für die „Beschäftigungsduldung“
5. Maßlose Ausweitung von Haftgründen: Festnahmen von der Werkbank weg sind zu befürchten
6. Verbesserungen bei der Sprachförderung und Ausbildungsförderung werden durch Verschärfungen an anderen Stellen unwirksam
7. Teilhabe am Arbeitsmarkt wird durch Wohnsitzauflage faktisch erschwert
8. Förderlücke beim BAföG nicht geschlossen

Die vollständige Studie:

<https://www.dgb.de/themen/+co++2e128898-6823-11e9-8b51-52540088cada>



Workers Memorial Day in Berlin

Seit mehreren Jahren veranstaltet die IG BAU den Workers Memorial Day in Berlin in Kooperation mit den Religionen, jeweils in einer Kirche.

Nachdem im letzten Jahr die israelische Gemeinde die Veranstaltung erstmalig mitgetragen hat, war in diesem Jahr auch die erstmalig die muslimische Gemeinde Träger.

Workers Memorial Day 2019

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Seit 1984 wird von kanadischen Gewerkschaften der 28. April als Workers Memorial Day begangen. Die Öffentlichkeit soll mit dem Arbeitsgeschehen und seinen Gesundheitsgefahren, mit den vermeidbaren Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten konfrontiert werden. Es sollen gewerkschaftliche Aktionen in diesem Bereich publik gemacht werden. Seither findet der Tag immer mehr Aufmerksamkeit und Nachahmung, in vielen Regionen der Welt. Trotz seiner Nähe zum 1. Mai, einem weiteren Tag, an dem die Gewerkschaften mobilisieren, wird die

IG BAU am 26.4.2019: Schutz von Arbeitern auf Baustellen in Katar weiter stärken !

Deutliche Verbesserungen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz für viele tausend Baubeschäftigte in Katar hat der internationale Zusammenschluss der Bau- und Holzgewerkschaften (BHI) erzielt. Im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar waren die Arbeits- und Lebensbedingungen der überwiegend aus dem Ausland stammenden Arbeitskräfte auf WM-Baustellen in die Kritik geraten. Mit einer BHI-Delegation im Jahr 2013 stattete erstmals überhaupt eine gewerkschaftliche Gruppe Katar einen Besuch ab. Jetzt findet am diesjährigen Workers Memorial Day bereits die dritte Konferenz zum Arbeits- und Gesundheitsschutz in Katar statt. „Seit 2013 haben wir gute Fortschritte im Arbeits- und Gesundheitsschutz auf den WM-Baustellen erzielt. Die Verbesserungen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bauarbeiter sind bemerkenswert“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende und BHI-Vizepräsident Dietmar Schäfers. „Die BHI hat mit den Verantwortlichen in Katar eine Vereinbarung zum Schutz der Sicherheit und Gesundheit der ausländischen Bauarbeiter auf WM-Baustellen geschlossen. Daraufhin hat es bisher acht gemeinsame

Bewegung aufgegriffen, auch in Europa. 1996 wird der Workers Memorial Day vom Internationalen Gewerkschaftsbund übernommen und 2001 erkennt die ILO den Tag als Welttag für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz an. Körperliche Unversehrtheit als Menschenrecht auch in der Arbeit durchzusetzen erlaubt breite Koalitionen und vielfältige Aktivitäten auch ganz unterschiedlicher Kräfte. Die Aktivitäten der IG BAU zeigen dies, etwa eine seit einigen Jahren praktizierte Messe in Berlin, an der mittlerweile alle großen Konfessionen teilnehmen. Auch die internationale Kooperation kann gestärkt werden, wie das Beispiel Katar zeigt.

Inspektionen vor Ort gegeben. Von den besseren Sicherheitsvorkehrungen über die medizinische Versorgung bis zur Unterbringung und der Verpflegung wurden viele Punkte angesprochen und verbessert. Diese Errungenschaften müssen nun auch für Baustellen gelten, die nicht unmittelbar mit der WM zusammenhängen. Es ist ein gutes Signal, dass die Regierung von Katar uns dabei aktiv unterstützt, mit Bauunternehmen faire, sichere und gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen sicher zu stellen.“

ANROEV*-Erklärung zum Internationalen Tag der Erinnerung der Arbeitnehmer 2019 – Auszüge

Laut dem jüngsten Bericht der IAO werden derzeit jedes Jahr mehr als 374 Millionen Menschen durch Arbeitsunfälle verletzt oder erkranken. ...Das sich entwickelnde Asien ist eine der Schlüsselregionen der Welt, die ständig unter einer hohen Anzahl von arbeitsbedingten Todesfällen, Krankheiten und Verletzungen leiden, die durch unsichere Arbeitsbedingungen verursacht werden.

Zu den wachsenden Herausforderungen gehören psychosoziale Risiken, arbeitsbedingter Stress und nicht übertragbare Krankheiten, insbesondere Kreis-

lauf- und Atemwegserkrankungen sowie Krebs. Der Tod durch gefährliche Substanzen am Arbeitsplatz ist immer hoch, und jedes Jahr sind weltweit eine Million vermeidbare Todesfälle zu verzeichnen ...

Die IAO-Konvention 155 (Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz) und 170 (Chemikalienkonvention) gelten als grundlegende internationale Arbeitsnormen, um die Arbeitsschutzrechte aller arbeitenden Menschen innerhalb der nationalen Grenzen zu gewährleisten. ...

Das Ziel der IAO-Konvention 170 (besteht) darin, den Arbeitnehmern Informationen über die Chemikalien an ihren Arbeitsplätzen und über geeignete Präventivmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, damit sie effektiv an Schutzprogrammen teilnehmen können. Es wurden Grundsätze für solche Programme festgelegt, um den sicheren Umgang mit Chemikalien zu gewährleisten. Bedauerlicherweise wurde jedoch festgestellt, dass bislang nur wenige Länder in Asien das Übereinkommen 155 wie China, Korea, die Mongolei, Australien, Fidschi und Kasachstan ratifiziert haben. Der Status der Ratifizierung in Südasien und Südostasien ist null. Andererseits haben nur 21 Länder der Welt die IAO-Konvention 170 (chemische Sicherheit) ratifiziert, und nur China und Korea aus dem asiatischen Raum sind in dieser Liste enthalten.

Die internationale Gemeinschaft hat Gesundheit schon lange als Menschenrecht anerkannt. ... Es ist an der Zeit, dass Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz als grundlegendes Prinzip und als Recht auf Arbeit anerkannt werden. ... Anlässlich des ‚International Workers Memorial Day‘ 2019 forderte ANROEV die Regierungen der Region zur unverzüglichen Ratifizierung der IAO-Übereinkommen 155 und 170 als Teil der Verpflichtung der Staaten auf, sichere, gesunde und gefahrlose Arbeitsplätze auf nationaler Ebene zu gewährleisten.

* ANROEV – Asiatisches Netzwerk der Opfer von Umwelt- und Arbeitsunfällen | Quelle: <http://www.anroev.org/> (eigene Übersetzung)

Vielfrontenkrieg – Sachsen vor den Wahlen

KERSTIN KÖDITZ*, GRIMMA

Langeweile? Kennen wir nicht! Abwechslung? Haben wir mehr als genug! Wir sind hier in Sachsen. In jenem Bundesland, in dem es nur zwei Arten von Wohnorten gibt. Entweder lebe ich auf dem Leuchtturm oder ich lebe im Wolferwartungsgebiet. Übersetzt für die Nichtsächsinen: Es gibt die drei Großstädte Chemnitz, Dresden und Leipzig, und es gibt die sogenannten ländlichen Räume. Die Leuchttürme, so wollten es Ideologie und Strategie der neuen Staatspartei CDU, sollten ihr warmes Licht über die Weiten des Freistaates werfen und dort Neues aus den Industrieruinen der Treuhand zum Blühen bringen. Klappte nicht. Stattdessen wanderte zwei Jahrzehnte lang Jahr für Jahr eine Kleinstadt aus Sachsen aus, vorwiegend in die Ballungsräume München, Stuttgart, Ruhrgebiet. Gab es zu „Wendezeiten“ bei uns noch deutlich mehr junge Leute als im Westen, drehte

* Kerstin Köditz ist Sprecherin ihrer Fraktion für antifaschistische Politik.

sich dieses Verhältnis schnell um. Eines aber blieb über all die Jahre gleich: die sächsische CDU war der am weitesten rechts stehende Landesverband der Gesamtpartei und er stellte die Regierung, zunächst allein mit satten absoluten Mehrheiten, später mit willfährigen Juniorpartnern.

Langeweile? Kennen wir nicht. Es ist der 1. Mai, der „Kampftag der Arbeiterklasse“, wie er einmal genannt wurde. Die Historiker erinnern sich. An diesem 1. Mai des Jahres 2019 hält André Poggenburg, ehemaliger Landeschef der AfD in Sachsen-Anhalt und heute Chef des

„Aufbruchs deutscher Patrioten“, eine Kundgebung in Leipzig ab. Der Marsch durch den linken Stadtteil Connewitz war ihm untersagt worden. Als Mitveranstalter aufgeführt: Pro Chemnitz, Pro NRW und Legida. Viele Veranstalter, eine sehr überschaubare Gefolgschaft. Rund 30 Personen scharen sich um den Möchtegern-Führer. Rund die dreifache Zahl an Anhängern hört Poggenburg wenige Stunden später im westsächsischen Zwickau zu.

Mobilisierungsdesaster auch für die NPD. Knapp 200 Anhänger sind dem Ruf der Parteiprominenz nach Dresden



Aktion der Fraktion der Linken im Landtag gegen das neue Polizeigesetz.

„... Wir halten das Gesetz für gefährlich, weil der Generalverdacht gegen alle Bürgerinnen und Bürger Grundrechte verletzt. **Vertrauen statt Misstrauen! Freistaat statt Polizeistaat! #NoPolG!**“

DOKE Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten

REDAKTIONSNOTIZEN • ZUSAMMENFASSUNG: ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN, HESSEN

Download der neue Mitte-Studie der F.-Ebert-Stiftung „Verlorene Mitte – feindselige Zustände“ noch für kurze Zeit kostenlos. Untersucht wird, wie weit sind rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen tatsächlich in die Mitte der Gesellschaft eingedrungen? Haben Polarisierungen und Konflikte die Norm von der Gleichwertigkeit aller Gruppen verschoben? Gegen wen richtet sich die Ablehnung? Ist die demokratische Mitte geschrumpft oder verloren?

www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie/

Morddrohungen für Feinde Rechts-extremer. Wie auch in Chemnitz plaktierte die Partei „Der III. Weg“ rund um Zwickau unter dem Titel „Reserviert für Volksverräter“. Während die Stadt Chemnitz die Plakate sofort abhängen ließ, sorgen sie von Zwickau bis Crimmitschau weiter für Aufregung. FDP-Landtagskandidat L. Köhler erstattete Anzeige wegen Volksverhetzung. „Die Plakate hängen an Laternen und erinnern fatal an die NS-Zeit, als Kriegsverweigerer tatsächlich öffentlich aufgehängt wurden. Das ist für mich ein verwerflicher Gewaltaufruf...“ Die Kommunen in Westsachsen sollten „sich an Chemnitz ein Beispiel zu nehmen und gegen diese Volksverhetzung vorgehen“. Das Kreisverwaltungsreferat (KVR) München hat aufgrund der Klagen

der Grünen und Linken gegen den „III. Weg“ ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Gewalt-Eskalation ist auch auf Plakaten der Partei „Die Rechte“ zu lesen: „Wir hängen nicht nur Plakate“.

#Netz gegen Rechts, Münchner Abendzeitung 27.4., MDR Sachsen 14.4.19)

Hetze oder freie Meinungsäußerung? „Da hängen sie wieder, diese rassistischen Plakate der NPD. Anzeige zwecklos, die Justiz findet es nicht verurteilenswert und kann Volksverhetzung gegen Sinti und Roma hier nicht erkennen! ...“ sagt Romeo Franz (Fraktion der Grünen), der erste Angehörige der Minderheit der Roma und Sinti im Europaparlament. Es geht um NPD-Plakate mit dem Spruch „Geld für die Oma, statt für Sinti und Roma“, der laut verschiedener Verwaltungsgerichtsurteile im Jahr 2017 vom Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt sei. Einige Städte und der Verband Deutscher Sinti und Roma hatten Strafanzeige gestellt.

(20.9.17 und 21.04.19 Donaukurier)

AfD lehnt europaweite soziale Absicherung ab. Europäische Sozialpolitik ist für die AfD-Fraktion fremd. Abhängig Beschäftigten aus EU-Staaten will die AfD gleiche soziale Leistungen verweigern. Bei MdB Stefan Keuter heißt es: „Wer bedürftig ist und die Solidarität seines Volkes benötigt, soll diese auch bekommen – von

seinem Volk.“ „Europäische Sozialpolitik ist eine sozialistische Verteilungsidee, mit der wir in keine Weise übereinstimmen“, so der Abgeordnete M. Hebner.“

(Dr. G. Wiegelt, Die Linke im Bundestag: „Die AfD im Bundestag“ Sitzungswoche 03.-05.04.19)

Argumentieren gegen rechte Pa-rolen. Die komplett neu überarbeitete Broschüre kann man sich aus dem Internet herunterladen, oder sie bestellen. Die „Handlungshilfe“ geht auf verschiedene Situationen rechter Propaganda ein. Ziel ist, die rote Linie, die im Nachkriegsdeutschland darin bestand, Nazis zu ächten, neu zu verteidigen. Dieser Konsens gerät immer mehr in Gefahr durch die AfD. „Sie verschiebt die Grenzen des Sagbaren und übertritt immer wieder rote Linien. Je öfter subtil bis offen rassistische Positionen zu hören sind, desto selbstverständlicher scheinen sie zum öffentlichen, gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu gehören.“

www.aufstehen-gegen-rassismus.de/wp-content/uploads/PocketB_v2.pdf

Initiative der Friedrich-Naumann-Stiftung. #ClapForCrap (Klatschen gegen Diskriminierung) wirbt für die offene Gesellschaft. „Wir wünschen uns, dass Du ab sofort überall dort, wo Dir Intoleranz und Diskriminierung im Alltag begegnen, laut und langsam ironisch klatschst. Wir wünschen uns, dass du überall, wo Dir im Netz Ausgrenzung begegnet, #ClapForCrap druntersetzt und Du danach im Dialog bleibst.“ <https://clapforcrap.org/>

gefolgt. Früher, als die NPD noch eine reale politische Kraft in Sachsen war, brachte sie ein Vielfaches zu ihrer Mai-Demonstration auf die Beine. Es sind die letzten Getreuen, die wegen der Blockaden mehr stehen als laufen. Die Konkurrenz von der Neonazi-Kaderorganisation „Der III. Weg“ wird es mit Vergnügen zur Kenntnis genommen haben. Sie marschiert mit Trommelzug, einem Meer an Fahnen und Pyrotechnik, sie marschiert mit rund 600 Gefolgsleuten durch Plauen. Dank Behörden, die ihnen Rosen auf den Weg streuen, dank eines Oberbürgermeisters, der die Partei als „in einer Demokratie legitimiert“ bezeichnet, dank einer Polizei, die stolz den Erfolg ihres „Deeskalationskonzeptes“ betont, dank eines viel zu schwachen Widerstandes vor Ort.

Nein, Langeweile kennen wir nicht. Sie kommt auch dann nicht auf, wenn wir zufrieden feststellen können, dass die AfD zu ihrer angekündigten „Großkundgebung“ in Chemnitz lediglich 300 Anhängerinnen auf die Beine bringt, die sich ausgerechnet am 1. Mai die neoliberale Dampfplauderin Beatrix von Storch hören wollen. Inzwischen wissen wir natürlich, dass die Teilnahmezahlen an öffentlichen Veranstaltungen kein Indikator für die Zustimmung in der Wahlkabine sind. Wir wissen, dass die zahllosen Skandale der Partei nicht merklich schaden, dass ihre innerparteilichen Grabenkämpfe das Wahlvolk nicht abschrecken, dass dieses sich an der Inkompetenz der Partei nicht stört... Konnten wir früher sicher sein, dass auch ein Stück Kohle, von der CDU als Direktkandidat aufgestellt, gewählt worden wäre, ist inzwischen ein Unsicherheitsmoment vorhanden: Wir es nun ein Stück Steinkohle (CDU) oder ein Stück Braunkohle (AfD)? Falls menschen den Auguren der Meinungsforschungsinstitute glauben darf, dann könnte es bei der Landtagswahl am 1. September tatsächlich erstmals eng werden für die Vorherrschaft der CDU in Sachsen. Groß ist der Vorsprung nicht gegenüber der AfD, knapp die Hälfte der Wahlkreise könnte diese direkt gewinnen. Sichere Wahlkreise gibt es plötzlich nicht mehr für die Konservativen.

Langweilig wird auch die Regierungsbildung nicht werden. Eine Zusammenarbeit mit der AfD hat der CDU-Ministerpräsident ausgeschlossen. Wer's glaubt, der wird selig, wer's nicht glaubt, kommt auch in den Himmel. Aber natürlich muss die CDU, einen Funken strategischen Verständnisses vorausgesetzt, ein immenses Eigeninteresse daran haben, die ungeliebte rechte Verwandtschaft von den Regierungsbänken fernzuhalten. Bereits eine Juniorpartnerschaft der AfD würde die Hegemonieansprüche der CDU weiter unterminieren.

Gesucht wird also der Königsweg. Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass! Die Omnipräsenz des Ministerpräsidenten soll es bringen. Der darf dann notfalls auch Dinge sagen, die seine Vorgänger nie über die Lippen gebracht hätten, beispielsweise die „Zerschlagung rechtsextremer Netzwerke“ fordern. Teile der eigenen Partei, wie die WerteUnion, hatte er dabei sicher nicht im Sinn. Deren Exponentin Yvonne Olivier, hohe Beamtin im Sozialministerium und Mitglied im CDU-Landesvorstand, wurde mit über 75% der Stimmen auf Listenplatz 30 gewählt. In ihrem früheren Leben im Westen war sie Mitglied im neofaschistischen Thule-Seminar und Mitbegründerin der neurechten Zeitschrift „Etappe“. Macht nix, das Vertrauen des Ministerpräsidenten hat sie trotzdem. Dies genießt auch PEGIDA-Versteher Prof. Werner Patzelt, auch er in der WerteUnion, der gemeinsam mit dem eher liberalkonservativen Generalsekretär Alexander Dierks das Wahlprogramm verfassen soll. Wie bei der Strickanleitung: Zwei links, zwei rechts, zwei fallenlassen...

Zu wem führt der Königsweg? Wer kann, wer können die möglichen Partner für die Sachsen-CDU nach der Landtagswahl sein? Die FDP sicherlich, die ebenfalls in Sachsen ihren am weitesten rechts stehenden Landesverband hat. Wenn dieser denn nach einer Auszeit die Rückkehr in den Landtag gelingt. Die in Sachsen eher unbedeutende SPD, die wohl die 5%-Hürde überspringen dürfte, aber an der 10%-Marke scheitern wird. Wenn es denn notwendig ist, wird die CDU auf sie zurückgreifen, auch wenn sich die SPD in den vergangenen Jahren gelegentlich den Luxus einer abweichenden Meinung erlaubt hat. Doch auch mit diesen beiden Partnern gemeinsam könnte es nicht für eine stabile Mehrheit reichen.

Was tun? Man lässt das „Prinzip Hoffnung“ walten. Hoffnung darauf, dass sich ein neuer Mitspieler auf der politischen Bühne etabliert, der einerseits politisch nicht so stigmatisiert ist wie inzwischen die AfD, und der andererseits nicht so unberechenbar wie die ungeliebte „Sowohl-als-auch“-Partei der Grünen. Frauke Petry mit ihrer „Blauen Wende“? Hat sich erledigt. Hat sich sogar selbst erledigt. Mangels Mitgliedern, mangels unterscheidbarer Programmatik, mangels Strategie. Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai wird sie lediglich in Zwickau mit einer eigenen Liste antreten, in Pirna ist sie in einem Bündnis vertreten. Das war es auch schon. Und auf die Europawahlen, von der man sich einen relativen Erfolg erhofft hatte, muss sie ebenso verzichten, da die nötigen Unterstützungsunterschriften nicht zusammengebracht wurden. Der Parteitag der „Blauen“, der unlängst in einem

Privat-Schloss in Grimma stattfand, verheißt keine Verbesserung für die Landtagswahlen. In einem Drittel der Wahlkreise will man, so die sehr optimistischen Pläne, Direktkandidierende aufstellen. Zugkräftige Namen für die Liste fehlen.

Wiederum: Was tun? Man setzt auf einen bereits bekannten Mitspieler, der kommunal schon lange Zeit sehr erfolgreich ist, dem aber bei Landtagswahlen nie der Durchbruch gelang. Gemeint ist der Landesverband der Freien Wähler. Bei der Landtagswahl 2014 kamen sie auf nicht mehr als 1,6 Prozent der Zweitstimmen. Das soll sich ändern. Unter anderem dadurch, dass man sich deutlicher rechts positioniert. Genauer gesagt: in der Lücke zwischen CDU und AfD. Nehmen die Freien Wähler, so das Kalkül der CDU, der AfD genug Stimmen ab, schmälert das deren Chancen – besonders bei den Direktmandaten.

Reicht es für die Freien Wähler gar zum Einzug in den Landtag, wäre der noch fehlende Bündnispartner vorhanden. Die Voraussetzungen dafür soll ein nicht der Partei angehörendes Duo, nämlich der Grimmaer Oberbürgermeister Matthias Berger, ein Rechtspopulist reinsten Wassers, und die ehemalige Grünen-Fraktionsvorsitzende Antje Hermenau, die bei ihrer früheren Partei erfolglos um ein Bündnis mit der CDU geworben hatte, liefern. Sie ist jetzt Generalsekretärin der Freien Wähler. Als Spitzenkandidatin wird die Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft ins Rennen geschickt. Wem das noch nicht rechts genug ist, wird schnell bei den kommunalen Kandidierenden fündig. Da trifft die der Neuen Rechten nahe stehende Buchhändlerin Susanne Dagen auf den PEGIDA-Mitbegründer René Jahn.

Was tun? Was kann die Linke, was kann die Partei Die Linke tun, wenn die Alternative lautet: „Rechts oder noch weiter rechts“? Was kann diese Linke tun, wenn Bündnispartner nicht in Sicht sind? Was tun, wenn sich Träume von „Rot-Rosa-Grün“ schon rechnerisch von selbst verbieten? Einfache Frage, einfache Antwort: Auf die eigene Kraft vertrauen! Linke Alternativen anbieten! Eigentlich einfach, wenn es links keine Konkurrenz gibt. Sich daran erinnern, dass es eine parlamentarische Spielbein und ein außerparlamentarisches Standbein gibt. Druck entwickeln. Auf allen Ebenen. Diese Aufgaben kennen wir doch als Linke. Blauhelme als Verstärkung werden wir nicht bekommen. „Uns von dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“



linksjugend goes Landtacht!

Ausbildung – Enthemmung – Verbrechen

Die Polizeischule in Fürstenfeldbruck im Nationalsozialismus

JÜRGEN FISCHER, MÜNCHEN

Bis zum 7. Juli 2019 wird dem Besucher des Museums Fürstenfeldbruck die Geschichte der dortigen ehemaligen NS-Polizeischule nähergebracht. Der zeitliche Bezugsrahmen setzt bei der Gründung der Einrichtung 1924 als Gendarmerie- und Polizeischule an, legt den Schwerpunkt auf den Hitlerfaschismus – weitgehend unter der Hoheit der SS – und wirkt in einem Teilbereich bis weit in die Nachkriegszeit nach. Ausdrucksstarke Bilder des Fürstenfeldbrucker Künstlers Guido Zingerl setzen zwischen den Stellwänden zusätzliche Akzente.

Dem polizeilichen Wüten und Morden durch die nationalsozialistischen Herrenmenschen in den überfallenen Ländern wird in der Ausstellung anschaulich und umfangreich nachgegangen. Man erfährt auch, wie engmaschig der Zusammenhang von SS und Polizei geknüpft war. Vermutlich war das im Ort bekannt. Denn das Museum beschreibt das Verhältnis der Polizeischüler zur ortsansässigen katholisch geprägten Bevölkerung als spannungsgeladen.

„Knapp 1.700 Polizeioffiziere durchliefen zwischen 1937 und 1945 in Fürstenfeldbruck die angebotenen Lehrgänge. Ein Ausbildungsschwerpunkt war „Partisanenbekämpfung und Bandenkrieg“. Verbände unter dem Kommando von den in Fürstenfeldbruck ausgebildeten Polizeioffizieren begingen im Zweiten

Weltkrieg grauenhafte Verbrechen. Sie waren beteiligt an Massenerschießungen und Deportationen von Juden in die Vernichtungslager sowie der Liquidation von Dörfern in den besetzten Ostgebieten“, schreiben die Veranstalter in einer einführenden Information. Polizeioffiziere aus der Schule in Fürstenfeld waren an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung, etwa in Babi Jar, sowie der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes beteiligt.* Ein Dokumentarfilm lässt Zeitzeugen von Deportationen zu Wort kommen.

Die Darstellung theoretischer Ausbildungsinhalte und deren Vermittlung bleibt leider weitgehend auf der Strecke, und damit auch der Vergleich mit dem Unterrichtsstoff der Nachkriegszeit. Man erfährt jedoch viel über personelle Kontinuität und den jahrzehntelang fehlenden Willen der Herrschenden in Westdeutschland, sich in der Polizeiausbildung von der Nazivergangenheit scharf abzugrenzen – und nicht nur davon. Das dauerte bis in die Siebzigerjahre hinein an. Selbst dann erfolgte die Kursänderung nur unter dem gesellschaftlichen Druck, den Hitlerfaschismus aufarbeiten zu müssen. Das hat so mancher Nazikarriere trotzdem nicht geschadet. Auch das wird aufgegriffen.

Schade ist der weitgehend nur auf die Bestialität des Nationalsozialismus eingeeengte Blick dieser sonst so verdienst-



Marsch einer Hundertschaft der Polizeischule durch Fürstenfeldbruck (1940). Abb.: https://www.museumffb.de/ffb-museum/web.nsf/id/pa_de_startseite.html

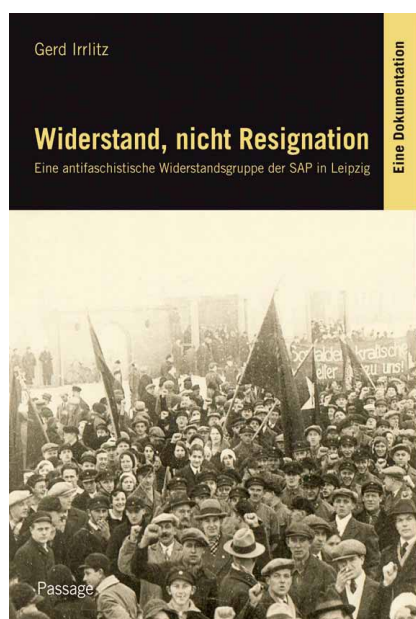
vollen Ausstellung. Dabei wird schnell übersehen, dass jede gesellschaftliche Auswirkung und Erscheinungsform eine Ursache jenseits persönlicher Urheber-schaft hat. Das trifft auch auf den Faschismus zu. Es ist und bleibt die Aufgabe der Linken – nicht nur der Partei –, für Zustände einzutreten, die dem in der Ausstellung Gezeigten die Grundlage entziehen. Gut und hilfreich ist alleine schon, dass die Ausstellung stattfindet. Ein Besuch lohnt sich unbedingt.

Das Museum befindet sich im damals bereits säkularisierten Kloster von Fürstenfeldbruck. Es beherbergte auch die Polizeischule. Heute befindet sich dort die Hochschule der bayerischen Polizei. Dem haftet etwas Ungutes an. Deshalb ist der Ort auch richtig gewählt.

*Süddeutsche Zeitung SZ.de, 28.3.2019

Adresse: **Museum Fürstenfeldbruck im Kloster Fürstenfeldbruck, Fürstenfeld 6**

Öffnungszeiten: Di bis Sa 13 bis 17 Uhr/ So und Feiertage 11 bis 17 Uhr. Parallel zur Ausstellung liegt ein umfangreicher Begleitband auf: Sven Deppisch – Täter auf der Schulbank, ISBN 978-3-8288-4050-8, 676 Seiten, 39,95 EURO



* Die Rezension erschien am 2. Mai im Neuen Deutschland. Nachdruck hier mit freundlicher Genehmigung des Rezensenten.

Rezension:* Gerd Irrlitz: Widerstand, nicht Resignation

DR. HARALD PÄTZOLT, BERLIN

Das Buch erinnert an die kurze Geschichte einer Leipziger antifaschistischen Widerstandsgruppe. Die Gruppe bestand aus 40 überwiegend jungen Mitgliedern der 1931 gegründeten SAP (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland). Im Sommer 1933 in die Illegalität gegangen wurden sie schon ein Jahr später durch Verrat der Gestapo ausgeliefert, ihnen wurde der Prozess gemacht. Gerd Irrlitz verfolgt das Schicksal der Gruppe und ihrer Mitglieder anhand von Prozessakten, ausführlich werden Biographien und Geschehnisse dargestellt und mit zahlreichen Fotokopien belegt.

Und dennoch ist dieses Buch nicht das, was es vorgibt zu sein: Eine Dokumentation. Es ist vielmehr ein großer Essay zu dem Thema, das der Autor listig im Titel versteckt hat. Es geht ihm um die Erhellung der Möglichkeiten und Grenzen kol-

lektiven Widerstandes gegen autoritäre bis offen diktatorische Machtanmaßungen. Der Blick auf den gemeinschaftlich praktizierten Widerstand, keineswegs das Individuum beiseite lassend, macht den Unterschied dieses Buchs zu der „Tugendlehre der Freiheit“, wie sie Ralf Dahrendorf mit seinen „Versuchungen der Unfreiheit“ 2006 vorgetragen hat. Irrlitz gibt der Leserschaft, um in der Begrifflichkeit zu bleiben, eine Kultursoziologie der Freiheit.

Auf den ersten gut 100 Seiten beschreibt Irrlitz, immer aufs konkrete Ereignis, auf Leipzig und die kurze Geschichte der Widerstandsgruppe Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts zurückkommend, die Transformation der deutschen Gesellschaft durch die nationalsozialistische Herrschaft. Was geschah mit den Sozialistischen Parteien, was mit der deutschen Arbeiterbewegung? Wie organisierte sich der Widerstand?

Immer wieder sind kleine Exkurse, wie Notizzettel nach gründlichem Studium die Sache auf den Punkt bringend, in den Text eingestreut: „Die Sprache als Merkzeichen einer politischen Bewegung“ (S.30ff.), natürlich mit Verweis auf Victor Klemperer. Oder „Die sogenannte Radbruchsche Formel“ (S. 66f.); der Autor bettet in seine Darstellung der Prozesse gegen die jungen Mitglieder der Leipziger Widerstandsgruppe der SAP rechtphilosophische Reflexionen ein, er hat sich seit Jahrzehnten mit der Materie befasst, seine große Monographie „Rechtsordnung und Ethik der Solidarität“ (2009), legte davon bereits Zeugnis ab.

Von außerordentlichem Wert scheint dem Rezensenten der rund 40 Seiten lange „Exkurs: Politischer Widerstand und die ideellen Voraussetzungen der Arbeiterkultur“ (S. 118–145). Es sind Sätze wie dieser, die ankündigen und zugleich zusammenfassen: „Große Entscheidungen brauchen mehr als ihren Anlass. Der politische Entschluss zum antifaschistischen Widerstand besaß sein Fundament auch in ideellen Lebensorientierungen, durchaus entfernt von solchem Wagnis. Dann aber öffneten sie sich für das, was vorhanden sein muss, dass Einer Derselbe bleibe in Gefahr, der er ohne sie gewesen war.“ (S. 118). Irrlitz hat einen umfassenden Begriff von Arbeiterkultur, beschränkt sich aber auf die literarischen und musikalischen Leistungen der Arbeiterbewegung, herrührend aus der Volkskultur einerseits und der sozialkritischen und republikanischen Tradition des frühen 19. Jahrhunderts. Der Autor beschreibt den sozialpsychologischen Charakter des Arbeiterliedes, die kulturell-künstlerische Praxis der Arbeiter bis in die Weimarer Republik und die darauf folgenden Jahre der Nazi Herrschaft. „Man soll das alles sehen, um die Herausforderung ermaßen zu können, dass einer sich für den Widerstand und gegen den offen stehenden Weg in die Resignation entscheidet.“ (S. 145).

Im dritten Teil seines Buchs gibt Irrlitz einen kurzen Abriss der Geschichte der SAP. Ein biographischer Anhang ist seinen Eltern, Elisabeth und Hans Irrlitz und einem Freund und Mitstreiter der beiden, Herbert Hedlich, gewidmet.

Das Buch hat auch seine Tücken, überall schlägt der Autor große historische Bögen bis in die unmittelbare Gegenwart, mit all ihren autoritären Gefährdungen, er braucht dafür meist nur wenige Zeilen, einige knappe Absätze reichen ihm. Das zwingt beim Lesen zum Innehalten, es liest sich nicht einfach so weg. Prof. Dr. Gerd Irrlitz ist emeritierter Philosoph, er war für Generationen philosophischer Lehrer in Berlin (DDR). Der Rezensent empfiehlt das politische Vermächtnis seines Lehrers hiermit aufs Wärmste.



Mitgliederversammlung der Schura
Hamburg am
15. April 2019:
Die Schura will
alle Muslime
vertreten, nicht
nur bestimmte
Ethnien, nicht
nur Sunniten
oder nicht nur
Schiiten

Für die Anerkennung des Islam als legitimen politischen Akteur in dieser Gesellschaft

Interview der POLITISCHEN BERICHTE mit Herrn Rechtsanwalt Müller, Mitglied des Vorstandes der SCHURA, des „Rates der islamischen Gemeinschaften“ in Hamburg.

In der Bundesrepublik Deutschland wird längst ein Kulturkampf von rechts geführt. Damit verbunden ist eine steigende Islamfeindlichkeit, die in der öffentlichen Debatte auch das Verhältnis zwischen Staat und Religion berührt. Die Linke geht noch viel zu defensiv mit diesem Problem um. Es genügt nicht mehr, wenn wir den Religionsgemeinschaften im interreligiösen und interkulturellen Dialog aufgeschlossen und freundlich begegnen. Es ist nötig, für sie aktiv die gleichen Rechte einzufordern, die bereits andere Religionsgemeinschaften, insbesondere die großen christlichen Kirchen, haben. Das Religionsverfassungsrecht bietet im Grundgesetz dafür eine praktikable Lösung.

Die Schura nennt sich „Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.“: Wie beschreiben Sie sich selbst?

Die heutige Funktion der Schura ist es, eine Religionsgemeinschaft für die Muslime in Hamburg zu sein. Das zeigt der Entwicklungsprozess, den wir durchlaufen haben. Gestartet sind wir als „Rat islamischer Gemeinschaften“ im Juli 1999.



Norbert Müller, geb. 1962, ist Rechtsanwalt in Hamburg-Steilshoop. Er ist Mitglied des Schura-Vorstandes und dort für Rechtsangelegenheiten zuständig, ferner Beauftragter der islamischen Religionsgemeinschaft bei Senat und Bürgerschaft. Ferner gehört Norbert Müller dem Board der Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft (AIWG) an.

Es sieht im Art 140 GG für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften die Rechtsform der „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ (KdöR) vor. Diese ist geprägt von dem Grundsatz der Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften.

Das nachfolgende Interview mit Herrn Rechtsanwalt Norbert Müller, Mitglied des Vorstandes der Schura in Hamburg, des „Rates der islamischen Gemeinschaften“, zeigt auf, welche große Bedeutung eine durch den Status als KdöR mit Verfassungsrang ausgestattete Anerkennung des Islam in der Gesellschaft hätte, aber auch, mit welchen Problemen diese Religionsgemeinschaft zu kämpfen hat.

Der Anlass war: Aufgaben für die Muslime zu bewältigen, die über die Möglichkeiten einzelner Moscheegemeinden hinaus gingen. Zum Beispiel die Einrichtung eines islamischen Gräberfeldes auf den Ohlsdorfer und Öjendorfer Friedhof. Dann gab es erste Moscheebaukonflikte hier in Hamburg. Das war damals der Anlass zu sagen, wir brauchen einen landesweiten

Zusammenschluss der einzelnen Moscheegemeinden, die in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Staat und der Politik gemeinsam auftreten können.

Welche Menschen haben diese Gemeinden gebildet? Woher kamen sie?

Der Islam in Deutschland in seiner heutigen Struktur findet seine Grundlage in der Migration von damals sogenannten Gastarbeitern aus der Türkei, aus dem damaligen Jugoslawien, aus Marokko, aus Tunesien

nach Hamburg. Diese Menschen gründeten Ende der 60er Jahre die ersten Moscheevereine. Sie waren aber am Islam der Herkunftsländer orientiert. Zum Beispiel an der Struktur in der Türkei. Genauso bildeten sich dann Verbände der Muslime aus Jugoslawien oder der bosnischen und albanischen Muslime: Sie waren ethnisch an den Herkunftsländern orientiert. Das änderte sich erst Ende der 80er Jahre, als die zweite und dritte Generation kam, und sich in ihrer neuen Sichtweise sagte: „Wir leben in Deutschland und wir wollen hier in Deutschland einen Islam aufbauen“.

*Sie sprechen allgemein vom Islam.
Wer gehört denn dazu? Wer nicht?*

Der Ansatz der Schura war ein Novum. Weil wir gesagt haben, auf einer gemeinsamen Grundlage wollen wir alle Muslime vertreten. Also nicht nur bestimmte Ethnien, nicht nur Sunniten oder nicht nur Schiiten. Und als zweiten Punkt, dem bestimmten gesellschaftspolitischen Verständnis, dass wir uns hier in Deutschland verorten und den Islam im Kontext des Grundgesetzes einordnen.

Wie viele Muslime vertreten Sie?

Ja, das ist immer die Frage, die ich am schlechtesten beantworten kann. Die islamische Regionszugehörigkeit wird ja nicht registriert. Da es keine Moscheesteuer gibt, vergleichbar der Kirchensteuer, besteht keine Notwendigkeit, bei den Meldeämtern die Religionszugehörigkeit zu registrieren. Daher kann man immer nur grob schätzen. Das ist auch ein Problem, wenn man gefragt wird, „wen vertreten Sie überhaupt?“

Dennoch hat der Hamburgische Staat die Schura als „Religionsgemeinschaft“ anerkannt.

Es gibt bisher in zwei Bundesländern Staatsverträge. In Hamburg und in Bremen. Der Ansatz war, dass Hamburg das letzte Bundesland war, das überhaupt Staatsverträge mit den beiden Kirchen und der jüdischen Gemeinde geschlossen hat. Das war für uns der Moment zu sagen: Naja, also in Hamburg gibt's gefühlt mehr Muslime als Katholiken, da wären wir doch jetzt auch mal dran. Rückblickend muss man sagen, dass während in dieser Phase ein offenes Fenster in der gesellschaftspolitischen Situation Deutschlands bestand, mit so einem Projekt zu beginnen. Das begann in Hamburg mit einem CDU-Senat unter Ole von Beust. Wurde dann fortgesetzt mit Schwarz-Grün, auch noch unter von Beust, bis heute über einen SPD-Grünen Senat. Es war ein jahrelanger Prozess, der sehr konstruktiv geführt wurde. Das wäre heute nicht mehr möglich. Heute haben wir eine gesellschaftspolitische Situation, die in

eine ganz andere Richtung gekippt ist.

Welche Bedeutung hat diese Anerkennung für Sie?

Für uns als Schura war das immer deshalb interessant, weil die Anerkennung als Religionsgemeinschaft – man kann sagen, das ist symbolisch – politisch höchst wirksam eine Anerkennung als ein legitimer politischer Akteur in dieser Gesellschaft ist. Weil ansonsten die Legitimität jeglicher muslimischen Stimmen in der Öffentlichkeit immer in Frage gestellt wird. Durch dieses „Gütesiegel“ der gutachterlichen Anerkennung und der Unterschrift des Bürgermeisters hat das eine erhebliche politische Wirkung gehabt. Die praktischen Wirkungen sind eigentlich gar nicht so bedeutsam. Die bedeutsamste ist diejenige des Religionsunterrichtes. Wir haben in Hamburg einen „Religionsunterricht für alle“, das ist ein bekenntnisorientierter Religionsunterricht im gemeinsamen Klassenverband. Durch die Anerkennung als Religionsgemeinschaft wird dieser Religionsunterricht auch von uns Muslimen mitverantwortet.

Ansonsten haben wir in Hamburg durch die Stadt eine Feiertagsregelung bekommen. Das Ramadanfest, das Opferfest und Aschura sind als islamische Feiertage anerkannt und ermöglichen Schulbefreiung und Befreiung am Arbeitsplatz. Viele andere Sachen sind geregelt worden, wie die Bestattung nach islamischem Ritus.

Könnte die Schura als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt werden?

Da sind wir im Moment gerade dabei, das näher zu untersuchen und zu beurteilen. Das Wesentliche ist ja die Anerkennung als „Religionsgemeinschaft“. Vor Unterzeichnung des Staatsvertrages hat es ein religionswissenschaftliches und ein rechtliches Gutachten gegeben, wo eben geprüft wurde, ob wir „Religionsgemeinschaft“ sind. Das setzt voraus, dass eine Struktur vorhanden ist, die eine umfassende Religions-Verwirklichung in identitätsbildender Weise ermöglicht. Diese Prüfung haben wir hinter uns. Das ist die wesentliche Grundlage. Nun war die Frage zu klären, ob diese Struktur auch die „Gewährleistung der Dauer“ bildet. Das ist der wesentliche zweite Punkt bei der Anerkennung als Körperschaft. Es muss eine Mitgliederstruktur bestehen, die dem Staat gegenüber gewährleistet, dass diese Struktur nicht nur heute da ist, sondern für lange, lange Zeit.

Der Islam ist ja nun wahrhaftig auf Dauer angelegt. Er ist ja nicht eine der modischen New-Age-Religionen. Wie kann das ein Problem sein?

Etwas komplizierter ist es rechtlich schon.

Klar ist, dass es den Islam gibt und den gibt es schon ziemlich lange und das soll wohl auch so bleiben. Der Islam als solcher wird ja nicht anerkannt, sondern eine real existierende Religionsgemeinschaft. Die muss die Gewährleistung auf Dauer bilden. Der Islam muss eine strukturelle Form gefunden haben. Da durchlaufen wir Entwicklungsprozesse.

Ich hatte darauf verwiesen, der Islam in Deutschland ist aus einer Migrationsgeschichte heraus entstanden und hat sich dann auch strukturell transformiert. Wesentlich prägend sind ethnisch orientierte Verbände mit starkem Bezug zum Herkunftsland gewesen. Da sind wir in einem Transformationsprozess. Diese Struktur der Verfestigung auf Dauer muss sich juristisch hart darstellen lassen. Damit steht und fällt das Problem. Historisch hat sich die rechtliche Betrachtung des Ganzen sehr stark am Kirchenbegriff entwickelt. Insbesondere dem der katholischen Kirche. Wenn man das allerdings etwas weiter gefasst betrachtet, ist das Christentum mit der Kirche schon eine sehr spezifische Organisationsform. Da muss man tatsächlich auch politische Diskussionen führen, um den Blick zu erweitern. Dann wird man nämlich sehen, dass die Katholiken schon sehr besonders sind und selbst evangelische Kirchen sich anders organisieren.

Das Verständnis bei den Christen ist ja so: Wenn ich am Ortsamt aus der Kirche austrete, bin ich im Kirchenverständnis kein Christ mehr, selbst wenn ich getauft bin.

Richtig, es gibt keinen Glauben außerhalb der Kirche. Und zwar der verfassten Kirche. Das ist eben ein sehr spezifisches Religionsverständnis, das es im Islam nicht gibt. Ich muss nirgendwo Mitglied sein, um Moslem zu sein.

Die Hürden zur Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts sind also wesentlich politischer Art?

Sich organisieren zu müssen, um Moslem zu sein, dieser Denkansatz ist dem Islam vollkommen fremd. Nicht anders verhält es sich im Bereich des Judentums. Religionen haben deshalb immer wieder unter den besonderen Bedingungen, die sie jeweils gesellschaftlich in einem Land vorfinden, Strukturen herausgebildet, um dort überhaupt existieren zu können. Diesen Weg sehe ich beim Islam auch.

In diesem Sinne passen die Formen der Religionsgemeinschaft oder der Körperschaft öffentlichen Rechts, um hier unter der Rechtsstruktur, die wir hier in Deutschland vorfinden, das islamische Leben zu organisieren. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich damit beschäftigt und hat gesagt, die Grundlage, also die

zentrale Regionsverwirklichung, findet in der Gemeinde statt. Diese Gemeinden schließen sich dann zu Dachorganisation zusammen. Die Dachorganisation muss dann die Verbindung zwischen den Spitzengremien und der Gemeinde strukturell so gewährleisten, dass in ihr eine umfassende Ausübung der Religion in identitätsbildender Weise stattfinden kann.

Diese Strukturen anzuerkennen ist Ländersache?

Richtig. Die Staatsverträge gibt es auf Landesebene. Auch die Anerkennung als Körperschaft findet auf Landesebene statt. Das hat mit der föderalen Struktur Deutschlands zu tun.

Wie finanzieren Sie Ihre Arbeit? Leben Sie von den Spenden der Gemeindemitglieder?

Wir leben von den Mitgliedsbeiträgen, die erhoben werden, und den Spenden, die dort gesammelt werden. Das reicht dann meist mal gerade, um das Gebäude und die Gemeindegemeinschaft zu finanzieren und den Imam zu bezahlen.

Es gibt doch das „Zakat“, eine Abgabe, die für Muslime verpflichtend ist?

Zakat gibt es gebunden an bestimmte soziale Zwecke, die damit verfolgt werden. Es ist theologisch etwas umstritten, aber nach dem traditionellen Verständnis ist der Zakat nicht dafür da, um zum Beispiel einen Imam zu bezahlen. Das muss man unterscheiden. Deshalb haben wir bisher keine Ausbildungsstätten in Deutschland. Das ist auch der Grund, weshalb die meisten Imame aus dem Ausland kommen. Es kommt hinzu: Auch Imame, wenn sie hier einen Hochschulabschluss haben, müssen entsprechend bezahlt werden können. Das können sich tatsächlich nur die großen Gemeinden leisten. Die große Moschee an der Außenalster hat sogar mehrere bezahlte Imame. Aber es gibt kleine Gemeinden, die haben nur einen ehrenamtlichen Imam.

Gibt es Frauen als Imaminnen?

Ja, die gibt es auch. Sie haben bestimmte Aufgaben im Bereich der Frauenarbeit in den Gemeinden. Sie leiten auch das Gebet, aber nur für Frauen; also keine gemischten Gebete. Es gibt eine kurdische Moschee hier, die eine Imaminnen aus der Türkei geholt hat. Das hat einen speziellen Hintergrund. Denn sie war dort durch diese Säuberungen, die da gerade stattfinden, entlassen worden.

Wie unterrichten Sie die Kinder?

In Hamburg gibt es den sogenannten „Religionsunterricht für alle“. Dieser Religionsunterricht wird in Hamburg gemeinsam verantwortet durch die Evangelische

Nordkirche, durch DITIB, Schura und den „Verband der islamischen Kulturzentren“ (VIKZ) als muslimische Beteiligte; durch die alevitische Gemeinde und die jüdische Gemeinde. Er ist bekenntnisgebunden, wird aber gemeinsam im Klassenverband von Religionslehrern aller Religionsgemeinschaften erteilt. Dass muslimische Religionslehrer eingesetzt werden ist neu. Denn das Problem ist, dass sie erst mal ausgebildet werden müssen. Wir haben ja keine. An den Lehrstühlen für muslimische Theologie, die es auch in Hamburg gibt, werden bereits jetzt Religionslehrerinnen und Religionslehrer muslimischen Glaubens ausgebildet, die dann in den Schulen eingesetzt werden sollen. Das ist dann so: Evangelische Lehrerinnen und Lehrer unterrichten muslimische Kinder und muslimische Lehrerinnen und Lehrer auch christliche Kinder. Das findet gemeinsam im Klassenverbund statt. Das ist etwas spezifisch Hamburgisches. Alle Kinder lernen alle Religionen kennen. Das ist einzigartig. Von uns ist es immer sehr befürwortet worden, den Religionsunterricht in dieser Form zu machen.

Zurück zum Thema Finanzierung: Woher bekommen Sie Ihr Geld?

Die Finanzierungsfrage ist eine ungelöste. Die Gemeinden finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge der eingetragenen Mitglieder der Vereine. Das ist aber nur ein geringer Teil. Denn Mitglieder sind nur Aktivisten. Ansonsten durch Spenden. Der Vorschlag einer Moschee-Steuer setzt ja nicht nur die „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ voraus, sondern eine umfassende Erfassung und Registrierung aller Muslime hier in Hamburg. Das würde – gefühlt sage ich mal so – auf erhebliche Widerstände stoßen, weil es dafür keine religiöse Grundlage gibt. Ganz generell: überzeugen Sie mal den Bürger, er soll sich registrieren lassen, damit er Steuern zahlen kann. Die Begeisterung wird groß sein. Das ist aber nicht nur bei den Muslimen so.

Können Sie staatliche Fördermittel beantragen?

Ja. Es ist so, dass verschiedene Tätigkeiten durch Fördermittel finanziert werden. Nur, man muss für jedes Projekt einen Antrag stellen. Und in der Praxis ist es so, dass natürlich bestimmte Projekte gefördert werden und andere nicht. Wenn man Projekte einpackt und sagt, wir machen Extremismusprävention, dann kommt man einfacher an Fördermittel, als wenn man das irgendwie anders deklariert. Ein



Am 15. April 2019 wählte die SCHURA turnusgemäß einen neuen Vorstand. In einer Presseerklärung heißt es dazu, der neue Vorstand will weiter die für SCHURA zentrale Orientierung verfolgen: „Wir treten ein für einen Islam in einer pluralistischen Gesellschaft Deutschlands. Unser Ziel ist ein gleichberechtigter Platz in der Mitte der Gesellschaft. Muslime sollen in jeder Form an der Gesellschaft teilhaben können und sie mitgestalten.“

praktisches Beispiel: wir machen hier in Hamburg Gefängnissozialarbeit, die auch gefördert wird. Aber das ist eingepackt in Extremismusprävention. Wenn wir es einfach nur als Sozialarbeit deklarieren würden, dann gibt's nichts dafür, weil der Staat sagt, das ist eine religiöse Aufgabe. Denn der Staat fördert nicht die Religion als solche, sondern bestimmte Zwecke. Was eigentlich auch gut und richtig ist. Sonst kriegen wir ja wieder so eine Art Staatskirchentum. Wir sehen, wohin das führt, da wo der Staat die Religion bestimmt. Das wollen wir nicht.

Mit der Verleihung des Status einer KdöR ist von Seiten des Staates die Erwartung nach „Rechtstreue“ verbunden. Wie sehen Sie das Verhältnis von Grundgesetz zu Ihren religiösen Geboten?

Wir sehen den Islam innerhalb der grundgesetzlichen Ordnung. Das gilt auch für das Kriterium der „Rechtstreue“. Es gibt ja die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Zeugen Jehovas, wo die Frage, wie „rechtstreu“ muss eine Religionsgemeinschaft sein, behandelt wird. Diese Definition ist eigentlich sehr weit gefasst. Danach kann man von einer Religionsgemeinschaft nicht verlangen, bestimmte politische Werte zu bejahen. Nur das System als solches darf sie nicht aktiv bekämpfen. Auch die Zeugen Jehovas, für die der Staat ja des Teufels ist, sind Körperschaft geworden. Das alles ist bei der Schura kein Problem. Wir haben das sehr klar definiert, wie wir uns innerhalb der rechtlichen und politischen Ordnung hier in Deutschland sehen. Muslime, die das nicht so sehen, wie zum Beispiel die Salafisten, sind auch genau deshalb nicht bei der Schura.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Durchsetzung des Acht-Stunden-Tages in Spanien

VON MARIA ÁNGELES ROMERO, MADRID

Im Jahr 1919 erreichte der Kampf der Arbeiter von „La Canadiense“, der größten Elektrizitätsgesellschaft in Barcelona, die Festschreibung des Acht-Stunden-Arbeitstages. Damit war Spanien das erste Land der Welt, das dieses Recht gesetzlich verankerte.

Spanien erlebte am Ende des Ersten Weltkriegs eine schwere Wirtschaftskrise, die sich wie folgt zusammenfassen lässt: Rückgang der Nachfrage mit der Schließung von Unternehmen, Anstieg der Arbeitslosigkeit und vermehrte Lohnkürzungen. Dies führte zur Eskalation sozialer Konflikte, die Russische Revolution war im Gange. Mit dem Ende des Krieges 1918 kam es zu einem drastischen Produktionseinbruch, die sozialen und arbeitsrechtlichen Bedingungen der Arbeiter verschlechterten sich weiter. Es gab weniger Arbeit, gleichermaßen niedrige Löhne und quälende Schufterei, gleichzeitig aber auch eine enthusiastische Begeisterung für europäische Bewegungen

Barcelona nach dem Streik von La Canadiense

Maria Ángeles Romero. Der Konflikt in La Canadiense polarisierte, es gab keine Zwischenpositionen. Die Patronal Federation of Barcelona, die die industrielle Elite vertrat, hatte ein Bündnis mit den extremsten Teilen der Armee in der Region besiegelt. Auf Anregung des Arbeitgeberverbandes weigerte sich der damalige Generalkapitän von Barcelona, Joaquín Milans del Bosch, die CNT-Mitglieder aus der Militärhaft zu entlassen. Er wollte das Abkommen von La Canadiense zu Fall bringen, eine Konfrontation mit den Gewerkschaften provozieren.

Das Jahr 1919 zeigte, wie Fragen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen von einem großen Teil der Behörden als Problem der öffentlichen Ordnung behandelt wurden. Jeder Versuch der Republikaner und Sozialisten, der ablehnenden Haltung der Geschäftsleute gegen die internationalen Übereinkommen, wie sie von der ILO beschlossen waren, entgegenzuwirken, scheiterte an deren Feindseligkeit gegenüber Intervention des Staates in die Industrie sowie an den autoritären Positionen der reaktionärsten Gruppen der spanischen Gesellschaft.

Quellen in spanischer Sprache: <https://www.elsaltodiario.com/anarcosindicalismo/efectividad-accion-directa-huelga-canadiense> | https://www.eldiario.es/catalunya/huelga-Canadiense-consiguio-jornada-laboral_0_863014014.html

und die Konsolidierung des bolschewistischen Triumphes. Die Gewerkschaften UGT (Unión General de Trabajadores, allgemeine Arbeitergewerkschaft) und CNT (Confederación Nacional del Trabajo, nationale Arbeiterkonföderation) griffen die Unzufriedenheit der Arbeiter auf und verstärkten sie durch Ausweitung ihrer Aktionen auf dem Land, in Industriegebieten und Großstädten.

In Barcelona kam es zwischen 1919 und 1923 zu sehr gewalttätigen Auseinandersetzungen: eine starke CNT traf auf harte Reaktionen der Arbeitgeber. Dabei spielte eine Rolle, dass das Arbeitgeberlager gespalten war: zum einen die Textilindustrie, deren Besitzer eher dazu neigten, mit den Gewerkschaften zu verhandeln und sich offen für Arbeitsreformen zeigten; zum anderen die Bauwirtschaft, deren Unternehmer eine harte Reaktion vertraten. Die Führer der beiden Industriezweige trafen sich mit dem Regierungschef in Madrid, dem Grafen von Romanones, noch bevor die Aktionen und Streiks an Umfang zunahmen. Der Regierungschef,

der eigentlich bei dem Konflikt neutral bleiben wollte, gab den Forderungen von Milans del Bosch, dem Generalkapitän von Katalonien, und des Zivilgouverneurs González Rothwos nach. Sie forderten die Aufhebung der Verfassungsgarantien in der Stadt solange, bis sich die Situation entspannt hätte und die aufrührerische Fernwirkung der deutschen Spartakistenrevolte vorbei wäre. Am 16. Januar 1919 trat der Ausnahmezustand in Kraft. Warum ihn wieder beenden? Örtliche Arbeiter wurden in der Folge in großer Zahl verhaftet und weggesperrt.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Auseinandersetzungen bei La Canadiense der beherrschende Konflikt in Barcelona. Der Konflikt entstand, als die Arbeiter beschlossen, sich zu organisieren. Der Manager des Unternehmens fühlte sich provoziert und wollte Arbeiter entlassen, an der Gründung der Gewerkschaft Beteiligte wurden gefeuert.

Das Unternehmen wird dann ab dem 5. Februar 1919 bestreikt, in Solidarität mit acht drei Tage zuvor entlassenen Büroan-



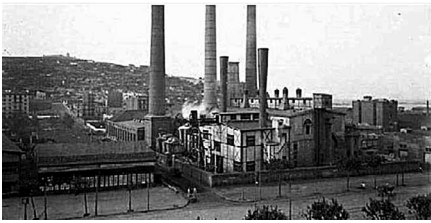
Das Militär kontrolliert die Arbeiten im Elektrizitätswerk. © Fondo Josep Maria Sagarra i Plana
Verfügbar unter: https://www.eldiario.es/catalunya/huelga-Canadiense-consiguio-jornada-laboral_0_863014014.html

Die Stadt wurde militarisiert, Ausgangssperre nach 23 Uhr verhängt und fast 10 000 mit Gewehren bewaffnete Männer, die Somatén, jagten Gewerkschafter. Es entwickelte sich der umfangreichste Streik in der Geschichte der Stadt – von Straßenbahnfahrern über Dockarbeiter bis hin zu Fabrikarbeitern, Bestattern, Händlern und Hotelkellnern. Am Ende jedoch waren die Arbeiter erschöpft, sie kehrten an ihre Arbeitsstellen zurück.

Die Arbeitgeber fühlten sich legitimiert,

den Druck zu verstärken und begannen mit Aussperrungen und Unternehmensschließungen. Zwischen 150 000 und 300 000 Arbeiter wurden aufgrund dieser Taktik der Arbeitgeber im Dezember 1919 wochenlang arbeitslos.

In den folgenden Jahren führte diese Verhärtung der Fronten zu gewaltsamen Angriffen beider Seiten. Sie forderten bis 1923, dem Jahr des Beginns der Diktatur des Primo de Rivera in Spanien, mehr als 250 Todesopfer.



La Canadiense. Die wichtigste Elektrizitätsgesellschaft in Barcelona, Riegos y Fuerzas del Ebro, allgemein bekannt als La Canadiense, weil ihr Hauptaktionär die Canadian Bank of Commerce von Toronto war (zitiert nach Wikipedia). Verfügbar unter: https://www.elconfidencial.com/cultura/2019-01-19/jornada-ochos-horas-huelga-canadiense-centenario_1767114/

gestellten. Bald streikt die gesamte Belegschaft. Sie gehen auf die Straße, sprechen mit dem Gouverneur, der wiederum verspricht zu intervenieren. Als sie aber zu ihren Arbeitsplätzen zurückkehren, sehen sie sich der Polizei gegenüber, die sie am Zugang zum Betrieb hindert. Diese Ereignisse lösen in Barcelona eine Kettenreaktion aus. Am 21. Februar wird der Streik in allen Unternehmen der Gruppe unterstützt, und am 27. Februar schließen sich Arbeitnehmer aus dem gesamten Elektrizitätssektor und einer Vielzahl anderer Sektoren an, 70 % der Industrie in Katalonien werden lahmgelegt. Der Streik bringt Straßenbahnen zum Stillstand, Zeitungen erscheinen nicht, die Wasserverteilung ist blockiert u.v.m.

Der General Captain Milans del Bosch erläßt daraufhin ein Dekret, dass die Armee die Fabriken kontrollieren sollte, „um die Versorgung wiederherzustellen“. Als der Befehlerteilt wird, unternimmt jedoch keiner der Arbeiter und Angestellten in Uniform einen Schritt, ihn auszuführen. Zwischen achthundert und fünftausend werden verhaftet, dreitausend Arbeiter werden inhaftiert. Mitte März wird der Kriegszustand erklärt und die Medien unter die Kontrolle der Regierung gebracht. Der Widerstand erlahmt jedoch nicht.

Nach 44 Tagen endet der Streik mit einer Vereinbarung, die die Freilassung der Häftlinge, die Wiedereinsetzung der Entlassenen, den Acht-Stunden-Arbeitstag, die Erhöhung der Gehälter und die Zahlung der Hälfte der durch den Streik verlorenen Tage vorsieht. Dieser Erfolg war der berechtigten Furcht vor einem Generalstreik im ganzen Land geschuldet, der drohte, wenn der Barcelona-Konflikt nicht gelöst werden könnte. Sobald alle inhaftierten Arbeiter freigelassen werden und nachdem die Vereinbarung 20.000 Arbeitern durch Gewerkschaftsführer Salvador Seguí am 19. März 1919 vorgelesen worden war, galt die Vereinbarung als angenommen.

Am 3. April 1919 unterzeichnete der Graf von Romanones das Dekret, das ab Oktober desselben Jahres den achtstündigen

Salvador Seguí

Maria Ángeles Romero. Seguí war einer der herausragenden Köpfe, was das Erreichen der Ergebnisse des Canadiense Streiks anbelangt. Geboren wurde Salvador Seguí 1886 in der Provinz Lleida in einer bäuerlichen Familie, die im folgenden Jahr nach Barcelona emigrierte. Der „noi del sucre“ (der Zuckerknabe) verließ die Schule im Alter von 12 Jahren, um das Handwerk des Malers zu erlernen, mit dem er bis zum Ende seiner Tage seinen Lebensunterhalt verdiente. Kulturell konnte er das riesige Netzwerk liberaler Bibliotheken und der Universität, das damals mit vielen Standorten die Landkarte von Barcelona überzog, für seine Ausbildung nutzen, so dass er ein ausgezeichneter und scharfzüngiger Redner und Autor mehrerer Werke über das Gewerkschaftsleben wurde, einen kurzen Roman („Schule der Rebellion“) schrieb und unzählige Artikel in Zeitschriften unterschiedlicher Provenienz veröffentlichte.

Die beiden Ideen – Kultur als Hebel für die persönliche Befreiung und die Organisation als Werkzeug der kollektiven Befreiung – prägten Segúis Auffassungen, und die Früchte seiner Arbeit ließen nicht lange auf sich warten. Er schlug die Abschaffung von handwerklichen

Quellen in spanischer Sprache: „¿Sabes por qué trabajas 8 horas? Los 44 días que cambiaron la historia de España“ | https://www.elconfidencial.com/cultura/2019-01-19/jornada-ochos-horas-huelga-canadiense-centenario_1767114/ | „Salvador Seguí, el chico que hizo madurar al sindicalismo“ | <https://www.elsaltodiario.com/anarcosindicalismo/quien-fue-salvador-segui-noi-sucre>

Arbeitstag für alle spanischen Arbeiter vorsah. Er trat zurück, nachdem er seine Unterschrift unter das Dokument gesetzt hatte. Der Streik von La Canadiense wird als großer Triumph der Arbeiterklasse und als Organisationsmodell für die Gewerkschaftsbewegung in Erinnerung bleiben. Spanien war somit das erste Land der Welt, das per Gesetz den achtstündigen Arbeitstag einführt.

Aber wie ging die Entwicklung des achtstündigen Arbeitstages weiter? Die Festsetzung von acht Stunden Tagesarbeit in Spanien war der Höhepunkt einer globalen Bewegung, die sich seit Jahrzehnten entwickelt hatte. Aber es stellt sich die Frage, ob die Begrenzungen des Arbeitstages tatsächlich in die Praxis umgesetzt worden sind und ob dies bis heute un-

Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: EVA DETSCHER, KARLSRUHE/ ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Quellen in spanischer Sprache: http://escuelasindical.ccoo.es/noticia:359933--Lucha_por_las_8_horas_de_trabajo | https://www.elconfidencial.com/cultura/2019-01-19/jornada-ochos-horas-huelga-canadiense-centenario_1767114/ | <https://www.nuevatribuna.es/articulo/historia/huelga-canadiense/20160216195450125464.html> | https://www.eldiario.es/catalunya/huelga-Canadiense-consiguio-jornada-laboral_0_863014014.html | <https://anarquismoanarcosindicalismoyotrostemas.wordpress.com/2015/07/06/el-pistolismo-y-el-terrorismo-patronal-en-la-rosa-de-foc/> | Video des Streiks (in spanischer Sprache): <https://www.youtube.com/watch?v=xDTer93w8kU>



Salvador Seguí. Verfügbar unter: www.elconfidencial.com/cultura/2019-01-19/jornada-ochos-horas-huelga-canadiense-centenario_1767114/

Verbänden und die Schaffung einheitlicher Gewerkschaften vor, um alle Beschäftigten eines produktiven Zweiges zusammenzufassen. Dies ermöglichte es dem Arbeiteranarchismus, sich von einer Strategie des Widerstands zu lösen und sich für eine Gesellschaft einzusetzen, die ausschließlich auf Gewerkschaften basierte, welche in der Lage seien, alle Aspekte der wirtschaftlichen Produktion und des sozialen Lebens zu organisieren. Seguí spielte in vielen wichtigen Vorgängen in Barcelona eine Rolle, bis er 1923, initiiert von der Arbeitgebervereinigung „Fomento del Trabajo Nacional“ („Förderung der nationalen Arbeit“) von Bewaffneten ermordet wurde. Das wohl wichtigste Vermächtnis von Seguí bleibt jedoch das Gewerkschaftsnetzwerk, das er ins Leben gerufen hatte.

verändert geblieben ist? Die Antwort von Antonio Rivera, Professor für Geschichte an der Universität des Baskenlandes lautet: Auf dem Papier, ja. Auch während der Diktatur von Primo de Rivera noch unter Franco wurde sie nicht abgeschafft. Es wurde jedoch im Zuge der Umsetzung des Dekrets diskutiert, welche Unternehmen und Branchen von Ausnahmen profitieren und wie mit Überstunden umgegangen werden sollte. Tatsächlich war die Frage der Dauer des Arbeitstages vom gewerkschaftlichen Druck abhängig. Nach Ansicht des Professors: „So wie heute“. Es steht und fällt mit der Stärke und den Fähigkeiten der Organisation, dass die Arbeiter am Ende nicht zehn oder zwölf Stunden arbeiten müssen, obwohl auf dem Papier nur acht vorgesehen sind.

Nichts Genaues weiß man nicht – zäh ist das Ringen um den nächsten Akt im Brexit-or-No-Brexit-Drama • EU: Effizientere Beschlussfassung? • Türkei nach den Kommunalwahlen: Sechs Mandate an AKP übertragen, Millionenschulden durch Zwangsverwaltung • Türkei greift erneut kurdische Gebiete in Nordsyrien an • „Weltrends“ zu Venezuela

Ein Komiker in einem Drama 4

Lehrerstreik – Ein Fall in Polen 6

Aktionen – Initiativen: Abrüstung und Atomwaffenverbot 8

Aktionstag gegen Atomwaffen am 1. Juni • Jugend kämpft bei UNO für Atomwaffenverbot • Umfrage: Klare Mehrheit gegen neue Atombomber • Friedensbewegung zieht positive Bilanz der Ostermärsche • Redebeitrag der Stadträtin Brigitte Wolf (Die Linke) für den Ostermarsch München

Riesige kommunale Altschulden im Ruhrgebiet 10

Kommunale Politik, Thema: Kommunalfinanzen 12

Städte schlagen Alarm wegen Altschulden in Milliardenhöhe: Berlin • Deutscher Städtetag zur Statistik Kommunalfinanzen 2018: Berlin • Deutscher Landkreistag stellt Eckpunkte für gerechtere Steuerverteilung mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse vor: Neuhausen • Forderungen zur Grundsteuerreform • Grundsteuer darf nicht länger auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werden! • Grundsteuerreform: Bayerische Verfassung als Vorbild für Hamburg • Deutscher Städtetag sagt aufkommensneutrale Grundsteuerreform zu

Klasse Tarifabschluss bei der Berliner Verkehrsgesellschaft 14

DGB-Kritik an Migrationspolitik der Bundesregierung 14

Workers Memorial Day 2019 15

Vielfrontenkrieg – Sachsen vor den Wahlen 16

Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten 16

Ausbildung – Enthemmung – Verbrechen Die Polizeischule in Fürstentum im Nationalsozialismus 18

Rezension: Gerd Irritz: Widerstand, nicht Resignation 18

Für die Anerkennung des Islam als legitimen politischen Akteur in dieser Gesellschaft 19

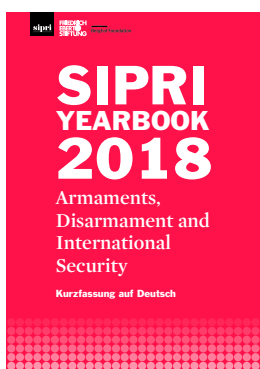
Kalenderblatt, 5. Feb. 1919: Durchsetzung des Acht-Stunden-Tages in Spanien 22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sieben Wochen am 27. Juni 2019. Redaktionsschluss: Freitag, 21. Juni. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 27. Juni, 25. Juli, 22. August, 10. Oktober, 7. Nov., 5. Dez.

Stockholm International Peace Research Institute

Soeben ist das Jahrbuch 2019 des Stockholmer Instituts über die Entwicklung der weltweiten Rüstungsproduktion im Jahr 2018 erschienen. Dafür gibt es noch keine deutsche Zusammenfassung, die regelmäßig von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wird. Aktuell ist dort das Jahrbuch 2018, mit den Daten fürs Jahr 2017. Wir dokumentieren Auszüge:



Weltweit wird das SIPRI Yearbook von Politikern, Diplomaten, Journalisten, Wissenschaftlern, Studierenden und Bürgern seit langem geschätzt. Als autoritative und unabhängige Quelle liefert es Daten und Analysen zu den Themen Rüstung, Abrüstung und internationale Sicherheit und bietet einen Überblick über Entwicklungen in den Bereichen internationale Sicherheit, Waffentechnologien, Militärausgaben, Rüstungshandel und -produktion sowie bewaffnete Konflikte. Bestrebungen zur Kontrolle konventioneller, nuklearer, chemischer und biologischer Waffen werden hier ebenfalls thematisiert.

Diese Broschüre fasst die 49. Ausgabe des SIPRI Yearbook, welches die Entwicklungen von 2017 aufzeigt, zusammen, darunter:

- Bewaffnete Konflikte und Konfliktbearbeitung, mit einem Überblick über bewaffnete Konflikte und Friedensprozesse in fünf Regionen (Amerika, Asien und Ozeanien, Europa, dem Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika (MENA-Region) und Subsahara-Afrika) sowie einem Schwerpunkt auf globalen und regionalen Entwicklungen zu Friedenseinsätzen
- Militärausgaben, internationalen Rüstungstransfers und Entwicklungen in der Rüstungsproduktion, inkl. Analysen zu den Zusammenhängen zwischen Schul-

den, Militärausgaben und Ölpreis in ölportabhängigen Ländern sowie zwischen Transparenz von Rüstungstransfers und dem Finanzwert von Rüstungsexporten • Atomkräfte weltweit, mit einem Überblick über alle neun Atomwaffenstaaten und deren atomare Modernisierungsprogramme sowie den nordkoreanischen Atomwaffentest

• Nukleare Rüstungskontrolle, beleuchtet die Entwicklung des Atomwaffenverbotsvertrag von 2017 (Verhandlungen und Ratifizierungsbeginn), russisch-amerikanische Rüstungskontrolle und atomare Abrüstung, die Umsetzung des Iranischen Atomabkommens und inter-

DIE WICHTIGSTEN EX- UND IMPORTEURE SCHWERER WAFFEN, 2013–17

Exporteur	Weltmarktanteil (%)	Importeur	Weltmarktanteil (%)
1 USA	34	1 Indien	12
2 Russland	22	2 Saudi-Arabien	10
3 Frankreich	6,7	3 Ägypten	4,5
4 Deutschland	5,8	4 UAE	4,4
5 China	5,7	5 China	4,0
6 Großbritannien	4,8	6 Australien	3,8
7 Spanien	2,9	7 Algerien	3,7
8 Israel	2,9	8 Irak	3,4
9 Italien	2,5	9 Pakistan	2,8
10 Niederlande	2,1	10 Indonesien	2,8

nationale Nichtverbreitungssanktionen gegen Nordkorea

• Sicherheitsrisiken durch chemische und biologische Kampfstoffe, darunter die Untersuchung von Vorwürfen des Einsatzes chemischer Waffen im Nahen Osten

• Konventionelle Rüstungskontrolle, mit einem Schwerpunkt auf humanitärer Rüstungskontrolle, darunter Bemühungen zur Reglementierung tödlicher automatischer Waffensysteme und explosiver Waffen in Wohngebieten

• Handelskontrollen von Waffen und Dual use-Gütern, mit einer Darstellung von Entwicklungen zum Waffenhandelsvertrag, multilateralen Rüstungsembargos und Exportkontrollregimen, darunter den Herausforderungen zur Kontrolle immaterieller Technologietransfers und additiver Herstellung

sowie einer Auflistung von Abkommen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, Gremien zur internationalen Sicherheitskooperation und wichtigsten Ereignissen des Jahre 2017 im Anhang.

<https://www.sipri.org>

ÄNDERUNGEN WELTWEITER MILITÄRAUSGABEN NACH REGION, 2016–17

